

Hingeschaut!

Die extreme Rechte und zivilgesellschaftliche Aktivitäten
gegen Rechts in Ostwestfalen-Lippe

Mobile Beratung
gegen **Rechtsextremismus**
im Regierungsbezirk Detmold

INHALT

Seite 4	Einleitung
5	Beraten – Begleiten – Berichten
Die extreme Rechte in OWL	
8	Mythenregion und Rückzugsraum: Ostwestfalen-Lippe und die extreme Rechte
12	Unverbesserliche Nationalsozialistin: Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck und ihr Netzwerk
15	Vom Diskussionszirkel auf die Straße: Die neue Rechte und die »Identitäre Bewegung«
18	Auf Straßen und Plätzen: Aktionen der extremen Rechten im Öffentlichen Raum
21	Wenn aus Nachbarn_innen Brandstifter_innen werden: Angriffe und Anschläge gegen Geflüchtete in OWL
24	Übersicht: Extrem rechte Straftaten in OWL 9/2015 - 5/2016
25	Glaube an die BRD GmbH: Verschwörungstheorie und »Reichsbürger«
27	Hetze, Propaganda und Gewalt: Rechtsruck in der Gesellschaft
Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechts in OWL	
31	Initiativen und Netzwerke gegen die extreme Rechte
32	»Genaue Analysen ermöglichen« – Im Gespräch mit »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.«
34	»Wichtig ist, Öffentlichkeit zu schaffen« – Interview mit der »Initiative gegen Neonazis der Road Crew OWL«
36	»Aufdecken und Input geben« – Im Gespräch mit dem »YXK« Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.«
38	Initiativen zum Thema Rassismus und Asyl
39	»Menschen zu ihrem Recht verhelfen« – Im Gespräch mit dem »Arbeitskreis Asyl e.V.«
41	»Rassismus ist überall Realität« – Interview mit »Move and Resist«
43	Öffentliches Erinnern an die Verbrechen des National- sozialismus in OWL
44	»Dem Erinnern Raum schaffen« – Im Gespräch mit dem Verein »KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Porta Westfalica«
46	Demokratisches Engagement im Schulkontext
47	»Damit Rassismus und Diskriminierung keinen Platz an un- serer Schule haben.« – Im Gespräch mit »SoR« und »SchLAU«
49	Kontakte und Ansprechpartner_innen
50	Impressum

In den letzten zwei Jahren ist die Zahl rassistischer Übergriffe und Brandanschläge gegen Geflüchtete stark gestiegen. Die pogromartigen Ausschreitungen in Heidenau, Freital und Bautzen sowie die »PEGIDA«-Demonstrationen in Dresden und Leipzig erwecken auf den ersten Blick den Anschein, es handele sich um ein sächsisches Phänomen. Doch auch in anderen Regionen Deutschlands und in Ostwestfalen-Lippe gab und gibt es rassistische Übergriffe, die sich gegen Geflüchtete richten. In Ostwestfalen-Lippe wurden für den Zeitraum 2015 und das erste Quartal 2016 mehr als 100 Übergriffe auf Geflüchtete und Unterkünfte von offiziellen Statistiken und Medienberichten verzeichnet.

Seit Jahrzehnten existiert eine gut vernetzte Naziszene in OWL. In der Region leben Neonazikader, die schon in den 1980er Jahren aktiv waren und kontinuierlich versuchen, rechte Strukturen aufrechtzuerhalten und auszubauen. In den letzten Jahren treten mit den extrem rechten Kleinstparteien »Der III. Weg« und »Die Rechte« in OWL neue Akteur_innen öffentlich in Erscheinung. Darüber hinaus gehören rassistische Hetze von Bürger_inneninitiativen oder der »Alternative für Deutschland« (AfD) zu den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Solidarität, Vielfalt und Zivilcourage

Rassistische und diskriminierende Einstellungen finden sich aber nicht nur am rechten »Rand« der Gesellschaft. Sozialwissenschaftliche Studien weisen seit Jahren rassistische, antisemitische, nationalistische und sexistische Vorstellungen und Denkweisen in allen gesellschaftlichen Bereichen und Milieus nach.

Erfreulicherweise gibt es in Ostwestfalen-Lippe aber auch viele engagierte Menschen, die sich auf vielfältige Weise für Solidarität, Vielfalt und Zivilcourage und damit für ein Leben ohne Rassismus, Intoleranz, Ausgrenzung und Diskriminierung einsetzen.

In dieser Broschüre wollen wir im ersten Teil einen schlaglichtartigen Blick auf die Strukturen, Aktivitäten und Entwicklung der extremen Rechten in der Region werfen. Im zweiten Teil stellen wir Vereine, Initiativen und Bündnisse vor, die sich vor Ort gegen extrem rechte Akteur_innen engagieren, sich kritisch mit Rassismus und Diskriminierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auseinandersetzen oder für ein lebendiges Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus eintreten.

Für ihre Beiträge und Unterstützung bei der Erstellung dieser Broschüre danken wir den Vereinen »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.« und dem »Arbeitskreis Asyl e.V.« sowie [aigiko] für das Layout. Ein ganz besonderer Dank richtet sich an die vielen Interviewpartner_innen, für ihre Zeit und ihr unermüdliches Engagement.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold, Dezember 2016

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Beraten – Begleiten – Berichten

In NRW existieren seit Oktober 2008 fünf mobile Beratungsteams, die jeweils für einen der Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln, Arnsberg, Münster oder Detmold zuständig sind.

Die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold« bietet ihre Unterstützung allen Organisationen, Institutionen, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen an, die sich mit extrem rechten Strukturen und Aktivitäten oder rassistischen Vorkommnissen auseinandersetzen wollen – oder müssen. Im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe sollen die handelnden Personen vor Ort aktiviert, vernetzt und gestärkt werden, um so langfristige Strukturen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu entwickeln.

Das Team der »Mobilen Beratung« ist ansprechbar, wenn rechte Propaganda in der Nachbarschaft verteilt wurde oder extrem rechte Aktivist_innen Immobilien zur Durchführung von Veranstaltungen und Treffen erwerben wollen. Auch wenn extrem rechte Parteien oder Organisationen Veranstaltungen oder Demonstrationen durchführen wollen oder es in Schulen, Betrieben oder Vereinen zu rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen kommt, stehen wir unterstützend zur Seite. Weitere Gründe für eine Kontaktaufnahme könnten die Gründung einer rassistischen Bürger_inneninitiative, Drohungen oder Sachbeschädigung mit rassistischen oder rechten Hintergründen sein. Aktuell berät die »Mobile Beratung« auch häufig Organisator_innen von Informationsveranstaltungen zur Unterbringung von Geflüchteten.

Die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« folgt dem Ansatz »Hilfe zur Selbsthilfe« und versteht sich als »Scharnier« zwischen Betroffenen und Engagierten vor Ort sowie zu weiteren Fachstellen, beispielsweise der Opfer- oder Elternberatung. Darüber hinaus betehen Kontakte zu Bündnissen und Initiativen, die sich gegen rechte und rassistische Tendenzen einsetzen sowie zu politischen Akteur_innen, zur Verwaltung und der Presse.

Über eine Unterstützung in akuten Krisensituationen hinaus begleitet die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« Bündnisse, Vereine, Initiativen, Institutionen und Einrichtungen auch längerfristig. Mit Bildungs- und Qualifizierungsangeboten, in denen wir für gesellschaftliche Entwicklungen, die das demokratische Miteinander gefährden – nicht zuletzt auch aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft heraus –, sensibilisieren wollen, entwickeln wir mit verschiedenen Akteur_innen gemeinsam Strategien für den Umgang mit alltäglichem Rassismus oder extrem rechten Vorkommnissen.

Neben den Beratungs-, Bildungs- bzw. multiplikatoren Tätigkeiten dokumentiert und analysiert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus extrem rechte Aktivitäten und Strukturen sowie rassistische Vorfälle in der Region.

Diese Informationen stellt sie Initiativen und der Öffentlichkeit mittels Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, mit eigenen Veröffentlichungen und der Durchführung von Fortbildungen zur Verfügung.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW



Regierungsbezirk Arnsberg
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
c/o Amt für Jugendarbeit der
Evangelischen Kirche Westfalen
Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte
Tel.: 02304-755190
www.mbr-arnsberg.de



Regierungsbezirk Detmold
**Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Detmold**
Arbeit und Leben DGB|VHS im Kreis Herford
Kreishausstr. 6a, 32051 Herford
Tel.: 05221-2757254
info@mobile-beratung-owl.de
mobile-beratung-owl.de

**Regierungsbezirk
Düsseldorf**
**Stadt Wuppertal /
Wuppertaler Initiative
für Demokratie und
Toleranz e.V.**

An der Bergbahn 33,
42289 Wuppertal
Tel.: 0202-5632759
www.wuppertaler-initiative.de





Vernetzung und Kooperationen

Die Teams der ›Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus‹ sind regional, landes- und bundesweit eng vernetzt. Vor Ort arbeiten die Teams eng mit Bündnissen, Initiativen und Vereinen zusammen, in denen sich viele Menschen engagieren und sich alltäglich für Demokratie, Menschenrechte und eine solidarische Gesellschaft einsetzen.

Gemeinsam mit dem ›Kommunalen Integrationszentrum Bielefeld‹ (KiZ) koordiniert die ›Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in OWL‹ das Projekt ›Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‹ (SoR/SmC) in der Region. In dem bundesweiten Netzwerk haben sich Schulen zusammengeschlossen, um sich jeder Form von Diskriminierung entgegenzustellen, sich kritisch mit Rassismus und Ausgrenzung auseinanderzusetzen und so ein demokratisches Handeln zu fördern und zu unterstützen.

Im Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW arbeiten verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteur_innen zusammen, die extrem rechte Einstellungen bekämpfen. Das Netzwerk wurde vom nordrhein-westfälischen Landesministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport eingerichtet, um Politik, Verwaltung, Schulen und Vereine zu vernetzen und Ansätze und Handlungspläne gegen Rassismus und extreme Rechte zu entwickeln. Mitglied im Netzwerk sind Ministerien, Behörden, das Netzwerk ›Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‹, das ›Informations- und Dokumentationsnetzwerk für Antirassismusbearbeitung in NRW‹ (IDA-NRW) oder der ›Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus‹ an der FH Düsseldorf (FORENA). Zudem andere Beratungsstellen, Antidiskriminierungsbüros und weitere Akteur_innen.

Back Up – Beratung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt

Für die Opfer rechter oder rassistisch motivierter Gewalt gibt es in NRW zwei Beratungsstellen. Sie befinden sich in Düsseldorf (Rheinland) und Dortmund (Westfalen). Menschen, die neonazistisch oder rassistisch motiviert bedroht oder angegriffen wurden, bekommen hier niederschwellig und kostenlos soziale, psychologische und juristische Unterstützung. Die Opferberatung arbeitet parteilich im Sinne der Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt.

Back Up – Beratung für Opfer rechts-extremer und rassistischer Gewalt (Westfalen)

Königswall 36, 44137 Dortmund

Tel.: 0172-1045432

Tel.: 0231-53200940

contact@backup-nrw.org

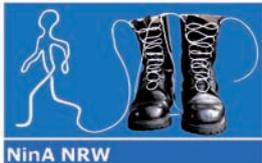
www.backup-nrw.org



NinA NRW – Distanzierung und Ausstieg aus der rechten Szene

Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aus der rechten Szene aussteigen wollen, bietet das Projekt ›NinA NRW‹ (Neue Wege in Ausbildung und Arbeit), das beim Verein ›RE/init e.V.‹ in Recklinghausen angesiedelt ist, Unterstützung an. Das Beratungs- und Unterstützungsangebot ist auf die individuellen Bedürfnisse ausgerichtet. Durch Qualifizierung, Ausbildung oder Arbeit soll die Eigenverantwortung der Jugendlichen, beziehungsweise jungen Erwachsenen gestärkt werden, um ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

KEIN BOCK MEHR AUF DIE ALTEN TRETER!



NinA NRW
RE/init e.V.
Tel.: 0176-93119765
nina.nrw@reinit.de
www.nina-nrw.de

IDA-NRW – Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher

Um Eltern, Familienangehörige und Bezugspersonen extrem rechts orientierter Jugendlicher nicht allein zu lassen, wurde in NRW ein landesweites Netzwerk aufgebaut, welches Ratsuchenden vertraulich und kostenlos Informationen rund um das Thema Rechtsextremismus anbietet und Unterstützungsarbeit beim pädagogischen Umgang leistet. Über »IDA-NRW« können Ratsuchende an die Berater_innen vor Ort vermittelt werden.

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW)

Tel.: 0211-1592555
info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de/beratung-von-eltern/



Antidiskriminierungsprojekte in Nordrhein-Westfalen

Von Diskriminierung Betroffene können sich in Nordrhein-Westfalen an verschiedene Antidiskriminierungsbüros wenden und erhalten dort fachliche und auf Wunsch anonyme Unterstützung. Die Mitarbeitenden beraten und unterstützen Betroffene bei ihren Anliegen, geben Informationen zu Handlungsmöglichkeiten und vermitteln an andere Beratungsstellen. Mehr Informationen und Kontaktmöglichkeiten gibt es unter www.nrwgediskriminierung.de

Förderung

In der Region Ostwestfalen-Lippe befindet sich die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« bei dem Träger »Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis Herford«. Gefördert wird sie durch das »Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend« und aktuell durch das Förderprogramm »Demokratie leben!«.

Seit Mitte 2013 ermöglicht die Förderung des »Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW« im Projekt »Begleitung und Qualifizierung für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus« auch, über aktuelle Anlässe hinaus, Institutionen, Organisationen und Einrichtungen in der Entwicklung von langfristigen Strategien und Konzepten zu unterstützen.



Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln

Regierungsbezirk Köln
NS-Dokumentationszentrum
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23 – 25, 50667 Köln
Tel.: 0221-22127162
ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de



Regierungsbezirk Münster
mobim | Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie
c/o Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster
Tel.: 0251-4927109
kontakt@mobim.info
www.mobim.info



Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus
Landeszentrale für politische Bildung
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstr. 4, 40213 Düsseldorf
www.nrweltoffen.de

MYTHENREGION UND RÜCKZUGSRAUM

Ostwestfalen-Lippe und die extreme Rechte

Ostwestfalen-Lippe, der Regierungsbezirk Detmold, das sind 70 Gemeinden, die Landkreise Gütersloh, Minden, Herford, Paderborn und Detmold sowie die kreisfreie Stadt Bielefeld. Die etwa zwei Millionen Einwohner_innen verteilen sich auf etwas mehr als 6.500 Quadratkilometer Fläche. Rechnet man die Einwohner_innen der fünf größten Städte zusammen – also Bielefeld, Paderborn, Gütersloh, Minden und Detmold –, so machen diese über dreißig Prozent der Einwohner_innen der Region aus. Ostwestfalen-Lippe ist also einerseits eine ländlich geprägte Region, die aber über einige urbane Zentren verfügt.

Wirtschaftlich steht mensch recht gut da in der Region, eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, viele mittelständische Betriebe mit produzierendem Gewerbe. Allerdings leiden viele der kleineren und abgelegenen Gemeinden unter Abwanderung und Leerstand. Die soziologischen Rahmenbedingungen für die extreme Rechte erscheinen eher unauffällig. Dass es dennoch sogar Neonazis aus dem Ausland in die Region zieht, liegt vor allem an der Zeit des Nationalsozialismus.

Germanenverehrung im »Hermannsland«

»In den frühen Morgenstunden des leider ziemlich verregneten Sonntags hat sich ein kleiner Teil unserer Gemeinschaft auf den Weg vom wohl einzigen Naziviertel Kölns in den wunderschönen und mindestens ebenso imposanten Teuteburgerwald [sic!] gemacht. Dort angekommen, haben wir nach einer kleinen Wanderung durch den Wald, vorbei an zahlreichen alten Bunkern und Wallanlagen, welche sich beidseitig zum Pfad unter Moos und Geäst gut getarnt im Dickicht befanden, die legendären Externsteine besichtigt und im Anschluss auch die von unseren Vorfahren in den Stein geschlagen Stufen bestiegen, um denn unbeschreiblichen Ausblick über dieses so geschichtsträchtige Stück deutscher Heimat zu genießen.«

Das Zitat stammt aus einem Bericht einer Kölner Nazigruppe über eine Ausflugsfahrt Mitte September 2016. Es verdeutlicht, dass die Externsteine in der extremen Rechten als ein heiliger Ort der Germanen angesehen werden. Damit stehen die Externsteine im Verständnis der Neonazis für das Erbe einer hochstehenden Kultur und Rasse. Sie selbst sehen sich als Nachkommen »der Germanen« oder »der Arier« und beanspruchen für sich damit gleichermaßen den Status der »Herrenmenschen«. Im Internet zeigt die Nazigruppe Bilder der Wanderung neben einem Porträt des SA-Sturmführers Horst Wessel. Hinzu kommen Fotos, die die »Kameraden« zeigen, während sie die Parole »Nationaler Sozialismus« auf das Pflaster schreiben. Nach dem Besuch an den Externsteinen zog die Gruppe zu einem für die extreme Rechte und den Tourismus wichtigen Punkt, dem Hermannsdenkmal. Das »Hermannsland«, wie Ostwestfalen in der extremen Rechten oftmals bezeichnet wird, hat eine hohe Anziehungskraft auf Aktivist_innen aus ganz Deutschland, und

es kommen sogar Nazis aus dem Ausland, um Externsteine, Hermannsdenkmal und nicht zuletzt die Wewelsburg zu besuchen. Hier zeigt sich: Ostwestfalen ist für die extreme Rechte eine mythisch aufgeladene Region.

Die extreme Rechte bezieht sich bis heute stark auf die Geschichte des Nationalsozialismus. Hier genutzte Orte, geprägte Begriffe und etablierte Mythen haben noch immer eine hohe Bedeutung.

Der Landtagswahlkampf in Lippe 1933 war für die NSDAP richtungweisend. Nach den Stimmverlusten bei der Reichstagswahl Ende 1932 wollte die NSDAP mit aller Macht beweisen, dass sie die kommende politische Kraft war. Im Rahmen des Wahlkampfes kamen wichtige Parteiführer in die Region. Allein Hitler war an elf Tagen in Ostwestfalen und Lippe als Redner anwesend. Der Wahlkampf stand unter dem Motto »Macht frei das Hermannsland!«. Das Bild des germanischen Fürsten Arminius, für den in verklärender Absicht der Name »Hermann der Cherusker« erfunden wurde, als Einiger und Befreier der germanischen Stämme von der »Fremdherrschaft«, ist ein völkischer Mythos. Er wurde im Rahmen des Wahlkampfes aufgegriffen und vitalisiert. Durch die Propaganda der NSDAP wurde Ostwestfalen zum »Hermannsland« oder zum »germanischen Kernland« verklärt. Die mystische Aufladung der Figur des »Hermann« wirkt in der extremen Rechten bis heute nach. So erschienen Anfang der 2000er Jahre einige Ausgaben des internen Magazins »Herrlich Hermannsland«, und bis heute bietet ein »Hermannsland-Versand« neben CDs mit neonazistischen Liedtexten eine ganze »Hermannsland«-Kollektion an. Für 24,90 Euro ist das T-Hemd mit dem Aufdruck »Jubiläum 1933« im Angebot, welches sich auf das Jahr des Landtagswahlkampfes in Lippe und die Machtübergabe an die Nationalsozialisten bezieht. »Germania Libra«, also »Freies Germanien«, heißt es mit Bezug auf den Sieg von Arminius über die Römer auf dem T-Shirt »Hermannsland Nebelung«, welches für 17,88 Euro zu haben ist. Im Bereich des Neonazismus kosten Gegenstände häufig Endbeträge von 88 Cent: 88 steht in der Szene entsprechend dem achten Buchstaben des Alphabets für »HH« = »Heil Hitler«.

Das Bild des »Hermann« als »Germanenführer«, das bereits durch die völkische Bewegung gezeichnet worden war, wurde im Wahlkampf 1933 vielfach beschworen. Dadurch erlangten »die Germanen« eine besondere Bedeutung für die NS-Propaganda.

In diesem Zusammenhang stehen auch der damals begründete Kult um die Externsteine, die Eröffnung des archäologischen Freilichtmuseums, des »Germanengehöfts«, in Oerlinghausen im Jahre 1936 sowie der Aufbau der Widukind-Gedenkstätte in Enger. Im Nationalsozialismus wurde der »Sachsenführer« Widukind, der angeblich standhaft gegen die Christianisierung kämpfte, zu einem Vorbild für »Rassenreinheit« und »Volksgemeinschaft«. Das archäologische Freilichtmuseum in Oerlinghausen wurde 1961 wiedereröffnet, wobei die völkische Deutung der Germanen



Drill und Rassenkunde nach dem Vorbild der Hitlerjugend. Extrem rechte Kindererziehung in einem Zeltlager der »Heimatreuen Deutschen Jugend HDJ« in Detmold-Fromhausen im Sommer 2006

zunächst weitergeführt wurde, die Widukind-Gedenkstätte ist heute ein Museum. Das Hermannsdenkmal, die Externsteine, das Freilichtmuseum Oerlinghausen und das Widukind-Museum sind heute Anziehungspunkte für Ausflüge der extremen Rechten – sei es, wie oben geschildert, für organisierte Reisegruppen oder für Einzelpersonen. Zwar beklagen die Berichte, dass heute in allen genannten Einrichtungen über die ideologisch geleiteten Fehldeutungen im Nationalsozialismus aufgeklärt wird, jedoch hält das die Szene nicht von einem Besuch dieser Orte ab.

Die Wewelsburg

Der Wahlkampf 1933 in Lippe hatte noch weitere Folgen, die für die extreme Rechte bis heute von Bedeutung sind. So entwickelte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, die Idee, in der Region ein herrschaftliches und repräsentatives Gebäude für die SS zu übernehmen. Aus diesem Grund wurde die Wewelsburg bei Paderborn – eigentlich ein vormaliges fürstbischöfliches Schloss – 1934 von der SS gemietet. Nach ersten Planungen sollte dort eine Reichsführerschule der SS entstehen, später sollte das Gebäude, dessen äußere Erscheinung durch Umbauarbeiten einen burgähnlichen Charakter erhielt, ein repräsentativer Ort für Treffen der SS-Elite werden. Obwohl diese Pläne nur ansatzweise umgesetzt wurden, kam es nach 1945 zu einer Verklärung der Wewelsburg. Unter anderem wurde behauptet, die SS hätte dort magische Praktiken vollzogen. Das diente nicht zuletzt dazu, die Verbrechen, die vor Ort verübt wurden, vergessen

zu machen. In Wewelsburg bestand das Konzentrationslager Niederhagen, in dem die Häftlinge untergebracht wurden, die die Umbauarbeiten durchzuführen hatten. Mindestens 1.285 von ihnen fanden dort den Tod.

Seit den 1990er Jahren wurde das Schloss insbesondere aufgrund einer während der NS-Zeit dort eingebauten Bodenintarsie zunehmend mystisch aufgeladen. Die Bodenintarsie, welche auch als Kombination von »Sig«-Runen oder Hakenkreuzen interpretiert werden kann und vermutlich dekorativen Charakter hatte, wurde als »Schwarze Sonne« bezeichnet und unter dieser Begrifflichkeit bekannt gemacht. Ausgehend von einem die Wewelsburg als Schauplatz nutzenden Roman, in dem gute »Herrenmenschen« gegen die bösen »Illuminaten« – im Bereich der Verschwörungstheorien oftmals eine Chiffre für »die Juden« – kämpfen, wurde die sogenannte »Schwarze Sonne« – national und international – zu einem der heute bekanntesten und verbreitetsten Symbole der extremen Rechten.

Nahe an »Hitler-Höhe« und Externsteinen

Nicht nur der »Tourismus« der extremen Rechten nach OWL geht auf die »germanisch« und »nationalsozialistisch« aufgeladenen Orte zurück. Auch die Ideologie und Praxis der lokalen Akteure der extremen Rechten und des Neonazismus greift darauf zurück. Eine Strömung im Neonazismus orientiert sich bis heute an dem, was als »ur-deutsch« gilt. Dazu gehört ein Festhalten am Gestern, eben an den »Ahnen«, womit die Germanen gemeint sind, und am histo-



rischen Nationalsozialismus. Abgelehnt wird alles, was als »modern« begriffen wird, also Jeans, Mädchen in Hosen oder Piercings. Stattdessen werden Zimmermannshosen und lange Röcke getragen. Gerade im Bereich der Jugendarbeit, aber auch im Bereich der »Sippenpflege«, haben derartige Organisationen in OWL eine hohe Bedeutung und sind hier seit Jahren fest verankert. Eine zentrale Person in diesem Bereich ist Gerd Ulrich aus Detmold-Berlebeck. Schon dessen Vater Günter Ulrich war in der 1952 gegründeten und 1994 verbotenen »Wiking-Jugend« aktiv. Die »Wiking-Jugend« (WJ) führte die Tradition der »Hitler-Jugend« fort. Dort sollten die Kinder der neonazistischen Szene nach weltanschaulichen Grundsätzen erzogen werden. Auch Gerd Ulrich, der unterhalb der Adlerwarte in einem Bereich, den man früher die »Hitler-Höhe« nannte, wohnt, wurde in der »WJ« sozialisiert. Das Verbot beendete seine Aktivitäten jedoch nicht, sondern bewirkte eine Um- und Neuorganisation. Ulrich, der wegen Sprengstoffdelikten verurteilt wurde, war einer der Organisatoren der »Einheit Hermannsland«, einer lokalen Untergliederung der »Heimattreuen deutschen Jugend« (HDJ), welche die Tradition der »Wiking-Jugend« fortsetzte. Die »Einheit Hermannsland« bestand aus rund dreißig Personen, darunter Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Immer wieder wurden Lager und Aktionen organisiert. Die »HDJ« wurde 2009 ebenfalls wegen ihrer neonazistischen Inhalte verboten. Auch dieses Verbot vermochte die Aktivitäten der ostwestfälischen Aktivist_innen nicht zu stoppen. Weiterhin finden Treffen statt, teilweise auch mit kleinen Gruppen von Kindern.

An einer völkischen Tradition orientierte Organisationen gibt es nicht nur für den Bereich der Kindererziehung, sondern auch als Gemeinschaften, in denen »Sippe« und »Religion« im Mittelpunkt stehen. Die Rede ist hier von der »Artgemeinschaft«, einer 1957 gegründeten germanophilen Gruppierung, die aus Rasseglauben, Brauchtum und entsprechenden Riten beziehungsweise Ritualen eine pseudoreligiöse Gemeinschaft formt. Hier geht es nicht nur um die Hochschätzung des männlichen Kämpfers, sondern auch um die Hochschätzung der Frau in ihrer Rolle als Mutter.

Sippengemeinschaft

In OWL existiert seit den 1990er Jahren als regionale Untergliederung die Gefährtschaft »Wittekindland«. In der Region leben und wohnen eine Reihe von Anhängern der Artgemeinschaft. Sei es das Ehepaar Wichert-Pollmann, welches in Altenbeken ein Antiquariat betreibt, oder der Herforder Markus Spilker, der in den frühen 1990er Jahren noch als Nazi-Skinhead Partys des »Ku-Klux-Klan« organisierte und später in der NPD aktiv wurde. Dabei ist ebenso der Musiker Gerd Rothe, der mit seinem Schifferklavier gelegentlich sogar in der Öffentlichkeit auftritt. Als stellvertretende Leiterin sitzt seit 2015 Julia Czaja aus Porta Westfalica im Vorstand der Artgemeinschaft. Die heute 32-Jährige



gehört zu einem Kreis jüngerer, größtenteils aus dem militanten Neonazismus kommender Personen, die 2015 die Führung der »Artgemeinschaft« übernommen haben. Obwohl die »Artgemeinschaft« eine neonazistische Organisation ist, erinnert ihr Erscheinungsbild eher an einen Trachtenverein. Auch die vergleichsweise große Anzahl an Frauen verwundert zunächst. Versteht man jedoch, dass es sich im Selbstverständnis um eine »Sippengemeinschaft« handelt, in der auch Frauen angeblich eine wichtige Funktion haben, eben nur eine andere als Männer, wird dies besser verständlich. Die »Artgemeinschaft« tritt nicht öffentlich auf, sie ist aber von großer Bedeutung für die innere Verfasstheit des neonazistischen Milieus. In OWL ist die »Artgemeinschaft« fest verankert.

Vom Zentrum in den ländlichen Raum

Im Jahre 1986 versuchte sich die neonazistische Kleinstpartei »Nationalistische Front« um den Vorsitzenden Meinolf Schönborn mit einem Zentrum in der Bleichstraße nahe der Bielefelder Innenstadt festzusetzen. Der Widerstand in der Stadt war jedoch so groß, dass die Partei sich nach drei Jahren ein neues Zentrum in Detmold-Pivitsheide suchte. Die Stadt mit vielen antifaschistischen Aktivist_innen bot keine Perspektive. Vor dem Verbot 1992 schützte sie der Umzug allerdings nicht. Schönborn ist bis heute in der neonazistischen Szene aktiv. Unter anderem betreibt er von Herzebrock-Clarholz aus den »Z-Versand«, welcher Propaganda-Schriften, neonazistische Musik, Bekleidung und Ähnliches im Angebot hat. Als Anfang der 1990er Jahre immer mehr neonazistische Parteien verboten wurden, strukturierte sich die Szene um, man bildete sogenannte »Kameradschaften«. Dabei handelte es sich um informelle, lokale Organisationen, in denen sich aktive Nazis sammelten. Die Kameradschaften boten eine niederschwellige Möglichkeit, mitzumachen, ohne formell beitreten zu müssen. Das funktionierte bei Aufmärschen, bei Straßenaktionen, Sonnenwendfeiern, Balladenabenden, bei Fußballturnieren oder Konzerten. Die Kameradschaften organisieren eine politisierte Erlebniswelt, welche gerade für junge Männer, in zunehmenden Maße jedoch auch für junge Frauen, sehr attraktiv ist. Über Jahre war das Netzwerk »Westfalen-Nord«,



Mystisch verklärt. Die Externsteine in Horn-Bad Meinberg sind ein Anziehungsort und beliebtes Ausflugsziel für Nazis, nicht nur aus OWL.

benannt nach dem gleichnamigen NSDAP-Gau, die führende Kameradschafts-Struktur in der Region. Die Parole der Szene war: »Wir erobern die Städte vom Land aus!«; tatsächlich existierten starke Gruppierungen in Minden, später zeitweise auch in Detmold oder in Paderborn. Bis heute haben die Kameradschaften eine wichtige Funktion. Aufgrund verstärkter staatlicher Repression organisiert sich die Szene inzwischen aber wieder verstärkt in Parteien wie »Die Rechte« oder »Der III. Weg«.

»Eines sollst du wissen, mein Westfalen: Du bist tief in mir. Diese Heimat, Blut und Boden, das alles gehört zu mir, auch wenn ich einmal fortgehe, du bleibst ein Teil von mir. Und wenn ich einmal sterbe, ja dann müsst ihr mich vereinen. Legt bitte meine Seele zu den Externsteinen«, singt Marco Bartsch. Der inzwischen beinahe 50-Jährige ist schon seit über 25 Jahren in der rechten Szene als Musiker aktiv. Mal als Solist mit einer Gitarre am Lagerfeuer, mal mit seiner Band »Sleipnir« auf internationalen Konzerten. Über einhundert Auftritte kommen da zusammen, sogar in Italien, Frankreich und in der Ukraine. Ihre Liedtexte drehen sich jedoch nicht nur um völkisch aufgeladene Heimatliebe, die Verehrung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess steht ebenso auf der Playlist wie »Wir rocken das System«.

Politisierte Lebenswelt

Die Bandmitglieder von »Sleipnir« sind Teil einer Szene und Lebenswelt. Es geht hier vor allem um Aktionen, Gemeinschaft, Spaß und Zusammenhalt. Die verbindenden Klammern sind offener Rassismus und die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Dazu gehören Alkohol und Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund oder Andersdenkende.

Das Musikmachen ist eine Möglichkeit, politische Standpunkte zu propagieren und gleichzeitig gemeinsam Spaß zu haben. Die meisten Bands der ostwestfälischen Szene bestanden aus jungen Szenemitgliedern, die ein paar Jahre zusammen spielten, eine CD aufnahmen und irgendwann wieder von der Bildfläche verschwanden. Ob »Sense of Pride« aus Spenge, die »Angry Bootboys« aus Bielefeld oder die »Aryan Devils«, sie kamen und gingen. Von den Hass-Parolen wird jedoch einiges in den Köpfen hängen

geblieben sein. Bei »Sleipnir« verhält es sich anders. Die Musik ist ausgefeilter, man merkt, dass der Sänger beruflich als Tontechniker arbeitet. »Sleipnir« kommt eine überregionale Bedeutung zu; ebenso dem unter dem Namen »Makss Damage« bekannten Gütersloher Rapper Julian Fritsch. Vor zehn Jahren hätte er es als Rapper in der Naziszene schwer gehabt, heute ist Rap hier akzeptiert. Trotz moderner Beats seines »N-Rap« – also Nazi-Rap – findet sich auch bei ihm der Rückgriff auf die Vorzeit, wenn er singt: »Und wir spitzen die Speere, ritzen die Runen in die Maschinengewehre. In uns lebt dieser Mythos fort.«

Als Kristallisationspunkt extrem rechter Lebenswelt fungierte bis 2015 ein ehemaliges Bahnhofsgebäude in Lage-Ehlenbruch. In diesem von Angehörigen der Naziszene gekauften Gebäude residierte die »Road-Crew 24«. Es handelt sich um eine Gruppe, die nicht politisch nach außen tritt, aber in die Szene hineinwirkte, indem sie in dem ehemaligen Bahnhofsgebäude eine Erlebniswelt aus Konzerten und Veranstaltungen organisierte, die dem Zusammenhalt und der Organisation der extremen Rechten in OWL diente. Zu dieser Erlebniswelt gehört auch der Fußball. War es früher der von den regionalen Kameradschaften organisierte »Rudolf-Hess-Cup«, so waren es in den letzten Jahren die jährlich organisierten Turniere der »Road Crew«, bei denen Kameradschaftsaktivist_innen mit »Sauf-Nazis« aber auch mit rechts orientierten Fan-Gruppen, etwa von Arminia Bielefeld, zusammenkamen.

Als Fans der Bundesliga-Vereine gehen auch Nazis ins Stadion. Mit den »Hooligans gegen Salafismus« (HoGeSa) ist eine gefährliche Szene aus Gewalt, Fußball, Hooliganismus und Rassismus entstanden, der auch einige Personen aus OWL angehören. Seit die Stadt Lage im Herbst 2015 das Gebäude der »Road Crew« kaufte, ist die Szene auf der Suche nach neuen Räumen. Solche Orte sind eine wichtige Ressource für die Entwicklung der lokalen Szene. Gerade der Leerstand im ländlichen Raum birgt die Gefahr, dass sich hier neue Treffpunkte entwickeln.

Der Autor Jan Raabe ist für den Verein »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.« tätig.



In der Naziszene wird Ursula Haverbeck wie eine Heldin verehrt. Beim Nazi-Trauermarsch im Niedersächsischen Bad Nenndorf 2013 tritt sie als Rednerin auf.

»UNVERBESSERLICHE NATIONALSOZIALISTIN«

Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck und ihr Netzwerk

Am 12. November 2015 stand Ursula Haverbeck-Wetzel aus Vlotho vor dem Landgericht in Hamburg. Das Gericht verurteilte sie zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten. Zu weiteren acht Monaten ohne Bewährung wurde Haverbeck am 5. September 2016 vom Landgericht Detmold verurteilt. In beiden Fällen wurde sie dafür verurteilt, dass sie den Holocaust geleugnet hatte. Als die 87-Jährige den Gerichtssaal in Detmold verließ, wurde sie von ihren Anhänger_innen bejubelt.

Hintergrund des Prozesses im Herbst 2016 war ein Brief, den Haverbeck am 12. Februar 2016 an den Detmolder Bürgermeister geschrieben hatte. Darin behauptete sie, dass Antifaschist_innen ihr zuvor den Zugang zum Gericht verwehrt hätten. Sie wollte dem »Auschwitzprozess« gegen den ehemaligen SS-Wachmann Reinhold Hanning beiwohnen, der vom 11. Februar bis zum 17. Juni 2016 in Detmold verhandelt wurde. In dem Brief warf sie dem Bürgermeister vor, dass die »Stadtverwaltung [...] und die Chaoten ein enges Bündnis eingegangen« seien. Da sie in diesem Schreiben, das auch an die Lippische Landeszeitung adressiert war, abermals den Holocaust leugnete, kam es zu einer Anzeige. Bereits 2015 war Haverbeck mit weiteren Neonazis bei der Eröffnung des Prozesses gegen den SS-Wachmann Oskar Gröning in Lüneburg erschienen, um dort die Existenz von Vernichtungslagern im Nationalsozialismus infrage zu stellen und den Holocaust zu leugnen.

Die Relativierung und Leugnung des Holocausts spielt eine entscheidende Rolle in der Ideologie der extremen Rechten. Schließlich entlarvt die Erinnerung an den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie an den Romni_je und Sinti_ze im 20. Jahrhundert den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus. Seit dem Untergang des NS-Staates versucht die extreme Rechte daher, den Natio-

nalsozialismus von diesem »Makel« zu befreien. Zu diesem Zweck wird beispielsweise die Existenz von Konzentrations- und Vernichtungslagern geleugnet oder die technische Durchführbarkeit des Massenmordes angezweifelt. Zudem wird die Zahl der Opfer heruntergerechnet oder eine Gleichsetzung mit zivilen deutschen Opfern vorgenommen. Seit Jahrzehnten ist Ursula Haverbeck wohl eine der bekanntesten Holocaustleugner_innen. In der Szene der extremen Rechten wird sie aufgrund ihrer Verurteilungen als Heldin verehrt.

Ein internationales Zentrum der Holocaustleugnung in OWL

Zusammen mit ihrem Ehemann Werner Georg Haverbeck gründete Ursula Haverbeck-Wetzel im Jahr 1963 die Heimvolkshochschule »Collegium Humanum« in Vlotho. Das sich später zu einem internationalen Zentrum der Holocaustleugnung entwickelnde Collegium Humanum war bis Ende der 1970er Jahre ein etablierter Teil der regionalen und überregionalen Bildungslandschaft. Anfang der 1980er Jahre trat Werner Georg Haverbecks nationalsozialistische Gesinnung offen zu Tage. So war er 1981 einer der Erstunterzeichner des »Heidelberger Manifests«, in dem vor der

»Unterwanderung des deutschen Volkes« und der »Überfremdung« des deutschen »Volkstums« gewarnt und ein rassistischer Volksbegriff propagiert wurde. 1984 tagte das »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten anlässlich des 100. Geburtstags Adolf Hitlers« im Collegium Humanum. In der Folgezeit führten dort unterschiedlichste Gruppen und Organisationen der extremen Rechten Veranstaltungen durch. So lud der extrem rechte »Bund Deutscher Unitarier – Religionsgemeinschaft Europäischen Geistes e.V.« (BDU) Anfang der 1990er Jahre zu seiner Herbsttagung ins Collegium. Auch die NPD, die »Gesellschaft für Freie Publizistik« oder die nationalrevolutionäre Zeitschrift »Wir selbst« tagten in Vlotho. Es bestanden zudem über Jahre Kontakte zur militanten Neonaziszene. Im Collegium Humanum fanden Liederabende mit Rechtsrockbands oder Kameradschaftsabende statt.

Nach dem Tod ihres Ehemanns übernahm Ursula Haverbeck-Wetzel 1999 die Leitung der Bildungsstätte, die sich unter ihrer Leitung zu einem zentralen Bestandteil des internationalen Netzwerks der Holocaustleugner_innen entwickelte. Am 9. November 2003 wurde in Vlotho der »Verein

zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHW) ins Leben gerufen. Zu den Gründer_innen gehörten neben Haverbeck unter anderem weitere prominente Holocaustleugner wie Ernst Zündel, Horst Mahler und Robert Faurisson, der als Rechtsterrorist verurteilte Manfred Roeder oder der neonazistische Liedermacher und NPD-Funktionär Frank Rennicke.

Öffentlichkeitswirksam nach Auschwitz reisen

Bereits im Juni 2003 hatten die Holocaustleugner_innen um Ursula Haverbeck und Horst Mahler für Aufmerksamkeit gesorgt, als sie öffentlichkeitswirksam nach Auschwitz reisen wollten, um dort die Existenz von Gaskammern in Frage zu stellen. Das Vorhaben scheiterte daran, dass Mahler die Ausreise verboten wurde. Stattdessen versammelten sich Holocaustleugner_innen vor der Wartburg in Eisenach und inszenierten sich dort in Anlehnung an Martin Luther als mutige Tabubrecher_innen und Kämpfer_innen für die »Wahrheit«. Am 7. Mai 2008 wurden das Collegium Huma-

Der Detmolder Auschwitzprozess

Mit dem Detmolder Auschwitzprozess fand vom 11. Februar bis zum 17. Juni 2016 eines der letzten Gerichtsverfahren wegen der Verbrechen der Nationalsozialisten statt. 76 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes musste sich der ehemalige SS-Wachmann Reinhold Hanning aus Lage seiner Verantwortung stellen. Das Landgericht verhandelte zwanzig Prozesstage unter dem Vorsitz von Richterin Anke Gudda. Das Verfahren stellte dabei nicht nur wegen der historischen Bedeutung eine besondere Herausforderung dar, sondern auch, weil 57 Überlebende des Lagers beziehungsweise Angehörige als Nebenkläger_innen auftraten, die von insgesamt 19 Anwälten vertreten wurden.

Das öffentliche Interesse an dem Prozess gegen Reinhold Hanning war groß. Für viele Menschen war der Prozess eine der letzten Möglichkeiten, Überlebende der Shoah persönlich zu hören. Eindringlich schilderten Leon Schwarzbaum, Erna de Vries, Justin Sonder, Tibor (Max) Eisen, Irene Weiss, Mordechai Eldar, William (Bill) Glied, Benjamin Lasser, Hedy Bohm und Imre Lebovits ihre Erlebnisse im KZ Auschwitz und berichteten davon, wie ihre Eltern, Geschwister, Tanten, Onkel, Freundinnen und Freunde in den Gaskammern ermordet wurden oder an Hunger und Krankheit starben. Die aus Kanada angereiste Nebenklägerin Angela Orosz Richt-Bein wurde in Auschwitz kurz vor Weihnachten 1944 geboren. Dem Gericht überreichte sie ein Foto von der Hochzeit ihrer Eltern. Von den 25 darauf abgebildeten Personen überlebten nur drei die Shoah. In ihrer Aussage sprach Angela Orosz Richt-Bein den Angeklagten direkt an. Auch Leon Schwarzbaum wandte sich am ersten Prozesstag an Reinhold Hanning und forderte ihn auf, »die historische

Wahrheit zu erzählen«. Doch Hanning zog es die meiste Zeit des Prozesses vor zu schweigen und würdigte die Überlebenden keines Blickes.

Hanning versuchte durch eine von seinem Anwalt verletzte Erklärung den Eindruck zu erwecken, er sei ohne eigenes Zutun als SS-Wachmann in Auschwitz gelandet und stritt jegliche Verantwortung ab. Sachverständige legten hingegen dar, dass Hanning in der SS Karriere gemacht und als Unterscharführer umfangreiche Kenntnisse über das Geschehen im Lager hatte. Er war zudem in Befehls- und Entscheidungsstrukturen eingebunden.

Am 17. Juni 2016 wurde Reinhold Hanning wegen Beihilfe zum Mord in 170.000 Fällen zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Die Begründung des Urteils ist dabei von historischer Bedeutung. Erstmals folgte ein Gericht der Argumentation des früheren hessischen Generalstaatsanwalts und Initiatoren des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Fritz Bauer, mensch müsse »Auschwitz als Ganzes begreifen«. Auch der kleinste SS-Angehörige habe durch seinen Dienst zur Durchführung der Massenmorde beigetragen und damit Beihilfe zum Mord geleistet.

Ob Reinhold Hanning seine Haftstrafe wirklich antreten muss, spielt für viele der Auschwitzüberlebenden und Nebenkläger_innen eine untergeordnete Rolle. Von Bedeutung ist hier, dass ein deutsches Gericht Auschwitz umfassend als Verbrechen anerkannte und den SS-Wachmann Reinhold Hanning verurteilte.



»UNVERBESSERLICHE NATIONALSOZIALISTIN« Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck und ihr Netzwerk

num von Innenminister Wolfgang Schäuble verboten. Ebenfalls von dem Verbot betroffen waren die Vereine »Bauernhilfe e.V.« und der »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHV), in denen Ursula Haverbeck maßgeblichen Einfluss ausübte.

Strukturen bestehen weiter

Ursula Haverbeck ist nicht die einzige bekannte Holocaustleugnerin in OWL. Lange Zeit lebte das Ehepaar Margarete und Udo Walendy ebenfalls in Vlotho. Der Sitz des von den Walendys betriebenen »Verlags für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung« befindet sich noch immer in Vlotho. Udo Walendy widmete sich bereits deutlich früher als Ursula Haverbeck der Leugnung des Holocaust. Im Jahr 1975 veröffentlichte er die deutsche Übersetzung der Broschüre »Did Six Million Really Die«. In der 1974 von dem britischen Holocaustleugner Richard Harwood publizierten Broschüre wird die Anzahl der Opfer des KZ Auschwitz infrage gestellt und die Existenz von Gaskammern in den Konzentrations- und Vernichtungslagern bestritten. Die von Walendy seit 1975 herausgegebene Zeitschrift »Historische Tatsachen« entwickelte sich zu einer der zentralen Publikationen des Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Udo Walendy pflegte bis zu dessen Verbot enge Kontakte zum Collegium Humanum.

Auch nach dem Verbot bestehen die Strukturen der Holocaustleugner_innen-Szene weiter. Bereits 1992 hatte sich im Umfeld des Collegiums der »Verein Gedächtnisstätte e.V.« in Vlotho gegründet. Ursula Haverbeck-Wetzel war bis 2003 dessen Vorsitzende; nach ihrer Übernahme übernahm Wolfram Schiedewitz den Vorstand. Der Verein verfolgt das Ziel, eine »Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in den Gefangenenlagern« zu errichten. Im Jahre 2005 erwarb er zu diesem Zweck eine Liegenschaft im sächsischen Borna. Nachdem der Verein die Immobilie 2009 wieder verloren hatte, bezog er im Sommer 2011 ein ehemaliges Rittergut im thüringischen Gutmannshausen. Auf dem Gelände konnte die geplante »Gedächtnisstätte« errichtet und im August 2014 eingeweiht werden. In ihrem Bericht über die Einweihungsfeierlichkeiten hob der Kreisverband Rhein-Erft der Partei »Die Rechte« besonders die Verdienste Ursula Haverbecks hervor.

Ermittlungen und Hausdurchsuchungen

Neben der Fortführung von Seminaren und Vorträgen zeigt sich eine weitere Kontinuität in Haverbecks publizistischer Tätigkeit. Zusammen mit dem Collegium Humanum wurde auch die Vereinszeitschrift »Lebensschutz – Information LSI – Stimme des Gewissens« verboten, welche seit den 1970er Jahren etwa sechsmal jährlich erschien. In direkter Nachfolge erschien ab Mai 2008 die Publikation »Stimme des

Reiches«. Die von Rigolf Hennig aus dem niedersächsischen Verden herausgegebene Zeitschrift ähnelt nicht nur in ihrer Aufmachung der »Stimme des Gewissens«. Auch publizierende Autor_innen und Themen sind größtenteils identisch, und die meisten Artikel wurden weiterhin von Ursula Haverbeck verfasst. Da in der »Stimme des Reiches« immer wieder der Holocaust geleugnet wurde, fanden mehrfach Ermittlungen und Hausdurchsuchungen bei Haverbeck und Hennig statt. Ursula Haverbeck änderte daraufhin im Mai 2016 den Titel der Publikation abermals, und seitdem erscheinen ihre Artikel von ihr selbst herausgegeben als »Persönlicher Brief«.

Bei dem Strafprozess vor dem Landgericht Detmold im September 2016 wurde Haverbeck von etwa dreißig aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Unterstützer_innen begleitet. Dies verdeutlicht die exponierte Rolle, die Ursula Haverbeck inzwischen innerhalb der extremen Rechten einnimmt. Bereits 2011 ernannte die NPD-Unterorganisation »Ring Nationaler Frauen« (RNF) Haverbeck zur »Frau des Jahres 2011«. Markus Walter, Vorsitzender des Kreisverbandes Rhein-Erft der Partei »Die Rechte«, überreichte ihr am 9. November 2013 anlässlich ihres 85. Geburtstages eine Ehrenurkunde.

Im Leugnen unermüdlich

Auch für den Bielefelder Sascha Krolzig, Vorsitzender des Kreisverbandes OWL der Partei »Die Rechte«, ist Ursula Haverbeck eine »unermüdliche Kämpferin für Deutschlands Freiheit und große Dame des deutschen Nationalismus«. Die Kontakte zu Sascha Krolzig bestehen schon länger. So war Haverbeck am 11. August 2012 bei der »Kameradschaft Hamm« eingeladen, kurz bevor diese verboten wurde. Die Vlothoerin pflegt aber nicht nur gute Kontakte zur örtlichen »Kameradschaft«, sondern auch zur NPD Unna/Hamm um Hans-Jochen Voß. Weitere persönliche Kontakte scheinen auch zu den Aktivist_innen der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) Gerd und Anne-Marie Ulrich aus Detmold zu bestehen. Anlässlich des Detmolder Prozesses begrüßte Anne-Marie Ulrich Ursula Haverbeck freundschaftlich. Weitere Unterstützung erhielt Haverbeck aus der militanten Neonaziszene. Der Kreisverband Verden der Partei »Die Rechte« hatte am 27. August 2016 zu einer Solidaritätsveranstaltung für Ursula Haverbeck ins niedersächsische Nordkampen geladen.

Durch ihre unermüdliche Aktivität für den Nationalsozialismus ist Ursula Haverbecks Bedeutung innerhalb der extremen Rechten immer weiter gestiegen. Als Grande Dame der Leugnung des Holocaust und Angehörige der sogenannten »Erlebnissgeneration« ist sie in vielen Spektren der extremen Rechten eine gern gesehene Referentin. Sie gehört heute zu den verbindenden Symbolfiguren der Szene – nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer offenen Leugnung der Shoa.

Vom DISKUSSIONSZIRKEL AUF DIE STRASSE !?

Die Neue Rechte und die »Identitäre Bewegung«



Mit gelb-schwarzen Fahnen, auf denen der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets – das Lambda – zu sehen ist, erklommen circa 15 Personen am 27. August 2016 das Brandenburger Tor und befestigten dort ein Banner mit der Aufschrift »Sichere Grenzen – Sichere Zukunft«. Mit dieser Aktion gelang der »Identitären Bewegung« mit vergleichsweise geringem Aufwand ein Mediencoup. Auch wenn die Symbolik – das schwarze Lambda auf gelbem Grund – und das Auftreten der »Identitären Bewegung« (IB) für die extreme Rechte eher ungewöhnlich erscheinen, ist die Botschaft eindeutig: Es soll nicht weniger sein als eine »Kriegserklärung« an die multikulturelle Gesellschaft.

Das Besteigen symbolträchtiger Gebäude oder Wahrzeichen scheint die Lieblingsform der öffentlichen Inszenierung der »IB« zu sein. Auch das Vorbild der »Identitären« in Deutschland, die »Génération Identitaire« (GI), die Jugendorganisation des 2003 gegründeten extrem rechten französischen »Bloc Identitaire«, hatte für Aufsehen in den Medien gesorgt, als eine Gruppe von circa 80 Personen am 20. Oktober 2012 für mehrere Stunden das Dach einer noch im Bau befindlichen Moschee in der französischen Stadt Poitiers besetzten. Dort entrollten sie ein Transparent mit dem Namen ihrer Gruppe und schwenkten Fahnen mit dem Lambda-Symbol. Daneben zeigten sie ein Banner, auf dem die Jahreszahl »723« zu lesen war.

Der Ort und das Datum der Aktion verwiesen auf den französischen Nationalmythos, nach dem am 20. Oktober 723 bei der Schlacht von Poitiers die aus Spanien vordringenden Mauren aufgehalten wurden. Die »Identitären« sehen sich selbst in dieser Tradition des Kampfes gegen die »Islamisierung« Europas. Entsprechend greifen sie in ihrer Inszenierung immer wieder auf historische Ereignisse zurück, wie etwa die Belagerungen Wiens durch die Armee des Osmanischen Reiches 1529 und 1683.

Ursprünge in der »Neuen Rechten«

Mit Aufklebern, auf denen der Slogan »0 % Rassismus 100% identitär« zu lesen ist, versucht die »Identitäre Bewegung«, sich von Nazis abzugrenzen. Sie sehen sich als die »Erben« der sogenannten »Neuen Rechten.«

Bei der »Neuen Rechten« handelt es sich um eine Strömung der extremen Rechten, die sich Mitte der 1960er Jahre entwickelte, um politische Strategien und theoretische Grundlagen zu erneuern. Damit verbunden war keineswegs ein grundsätzlicher weltanschaulicher Bruch mit rassistischen, nationalistischen und antidemokratischen Vorstellungen. Um ihr Gedankengut »von Hitler zu befreien« und die extreme Rechte wieder politikfähig zu machen, suchte die »Neue Rechte« nach Bezugspunkten und theoretischen Grundlagen jenseits des Nationalsozialismus.

Historisch bezieht sich die »Neue Rechte« heute vor allem auf die Protagonisten der sogenannten »Konservativen Revolution«, also auf antidemokratische, völkische und antisemitische Autoren der Zwischenkriegszeit. Dazu gehören Ernst Jünger, der Krieg und Soldatentum verherrlichte, Os-

wald Spengler, der den »Untergang des Abendlandes« heraufbeschwor, oder Arthur Moeller van den Bruck mit seinem Hauptwerk »Das Dritte Reich«. Auch wenn sie selbst ein eher distanzierendes Verhältnis zum Nationalsozialismus hatten, können sie doch zumindest als dessen Vordenker angesehen werden.

Um sich auch vom durch den NS diskreditierten Begriff des Rassismus zu befreien, entwickelte die »Neue Rechte« das Konzept des »Ethnopluralismus«. Der »Ethnopluralismus« spricht nicht mehr von »Blut« und »biologischer« Abstammung, er geht aber von einem Nebeneinander von in sich homogenen »Völkern« und »Kulturen« aus. Auf diese Weise wird eine pluralistische Gesellschaft abgelenkt und letztendlich doch auf rassistische Weltbilder und Gesellschaftsordnungen zurückgegriffen.

Rezeption innerhalb der extremen Rechten

Den Akteuren der »Neuen Rechten«, die sich selbst als intellektuelle Elite wahrnehmen, geht es weniger um direkte politische Einflussnahme als vielmehr um den »Kampf um die Köpfe«. Zentrale Akteure der »Neuen Rechten« stellen heute das Netzwerk um das »Institut für Staatspolitik« um Götz Kubitschek und Ellen Kositzka, die von Felix Menzel herausgegebene neurechte Schüler_innen- und Studierendenzeytung »Blaue Narzisse«, die »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin und das Flaggschiff der neurechten Medienlandschaft, die »Junge Freiheit«, dar.

Die Aktionen und Selbstinszenierung der »Identitären« sorgten für Aufsehen und Begeisterung in der »Neuen Rechten«. Die »Blaue Narzisse« beispielsweise sorgte mit ihren Berichten für eine Popularisierung der »Identitären Bewegung« in Deutschland. Auch die »Sezession«, das Hausblatt des »Instituts für Staatspolitik«, gab den »Identitären« in einem Sonderheft im Mai 2013 Raum. Dass die »IB« durch die »Neue Rechte« als Hoffnungsträgerin angesehen wurde, überrascht nicht. Götz Kubitschek und Felix Menzel hatten bereits 2008 mit ihrer »Konservativ-Subversiven Aktion« erfolglos versucht, die verstaubte Studierstube der rechten Theorieproduktion zu verlassen. Mittlerweile ist die »IB« ein zentraler Bezugspunkt und Akteur im neurechten Netzwerk geworden.

Während die »Identitäre Bewegung« in der »Neuen Rechten« auf Zustimmung und Unterstützung stieß, ist das Ver-



VOM DISKUSSIONSZIRKEL AUF DIE STRASSE !?

Die Neue Rechte und die »Identitäre Bewegung«

hältnis zur militanten Naziszene ambivalent. Die Jugendorganisation der NPD, die »Jungen Nationaldemokraten« (JN), setzte sich Anfang 2013 in ihrer Zeitschrift »Der Aktivist« mit der »Identitären Bewegung« auseinander. Dort begrüßte sie grundsätzlich »den Versuch eine neue rechte [...] Jugendbewegung in Deutschland zu etablieren«. Kritik übte sie jedoch an den Distanzierungen der »IB Deutschland« von extrem rechten Positionen sowie von dem Versuch, die damals noch unkoordiniert im Internet entstehende »Bewegung« in einer festen Struktur der »IB Deutschland« zu zentralisieren. Obwohl einige »JN«-Aktivisten auch in der »IB« aktiv sind, stellt die Bewegung durchaus eine Konkurrenz im Spektrum der extremen Rechten dar. Setzt sie doch auf Themen, Aktionen und Formen der Inszenierung, die auch die »JN« für sich beansprucht. In NRW zeigte sich die militante Neonaziszene gegenüber dem Auftauchen der »IB« deutlich ablehnend. Die Partei »Die Rechte« in Wuppertal postete im Mai 2013 auf ihrer »Facebook«-Seite klar und deutlich: »Identitäre Spinner sind hier nicht erwünscht [...], kein Teil der nationalen Bewegung!«

»Identitäre Bewegung« in Ostwestfalen-Lippe

Auch in NRW tauchten seit Ende 2012 eine Reihe von »Facebook«-Profilen unter dem Label »Identitäre Bewegung« auf. Abseits ihrer Online-Präsenzen waren diese Gruppen jedoch kaum wahrnehmbar. Im öffentlichen Raum traten sie lediglich durch vereinzelt aufgeklebte Plakate in Erscheinung. Im Dezember 2013 veröffentlichte die »IB Deutschland« auf ihrer »Facebook«-Seite eine Liste von insgesamt 62 Ortsgruppen. In NRW soll es zu diesem Zeitpunkt Gruppen in 14 Städten und Regionen gegeben haben, darunter in Bielefeld, dem Münsterland, Soest und Wuppertal.

Bei vielen dieser Gruppen ist allerdings unklar, ob es sich um mehr als einen »Facebook«-Auftritt gehandelt hat. Kontakt und Vernetzung zwischen den Personen und Gruppen in NRW bestanden aber dennoch. Die »IB Münster« lud Anfang Oktober 2013 per E-Mail zu einer »Wanderung vom Hermannsdenkmal zu den Externsteinen [...] gemeinsam mit anderen Orts-IB's« für den 20. Oktober ein. Einen Tag später erschien auf »Youtube« ein Video-Zuschnitt der Wanderung, in dem eine Handvoll identitärer Aktivist_innen Lambdafahrten schwingend auf den Externsteinen posiert. Mittlerweile hat sich die »IB« bundesweit in größeren Regionalgruppen organisiert und tritt in NRW als »IB Westfalen« und »IB Rheinland« auf.

Am 5. Juni 2014 ließ sich im ostwestfälischen Paderborn die »Identitäre Bewegung Deutschland e.V.« in das Vereinsregister eintragen. Als Vorsitzende des Vereins wurden der aus Altenbeken stammende Nils Altmieks und John David Haase aus Düsseldorf eingetragen. Altmieks tritt seither als

Sprecher der »IB Deutschland« auf. Bereits vor der Gründung des Vereins lag der Schwerpunkt der »Identitären« in Ostwestfalen im Paderborner Raum. So trat Weihnachten 2013 eine sich selbst als »IB Hermannsland« bezeichnende Gruppe in Erscheinung, die Schutt vor das Büro der Grünen in Paderborn kippte, um damit gegen die Grünen in München zu protestieren, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem Mythos der »Trümmerfrau« in der Bayerischen Landeshauptstadt angestoßen hatten.

Schwerpunkt im Paderborner Raum

Auch weiterhin treten die »Identitären« immer wieder durch kleinere Aktionen in die Öffentlichkeit. Beispielsweise verteilten Aktivist_innen Anfang August während des Stadtfestes in Paderborn Pfefferspray und Flugblätter, in denen sie gegen vermeintliche »Ausländerkriminalität« hetzten. Auch Aufkleber und Plakate werden regelmäßig in der Stadt verklebt. Doch die Paderborner »Identitären« beschränken sich nicht auf Aktivitäten in der Domstadt. Auch bundesweit beteiligen sie sich an Aktionen der »IB«. Bei der ersten Demonstration der »IB« in der Bundesrepublik am 17. Juni 2016 in Berlin, an der etwa 150 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen, waren die Paderborner in die Organisation eingebunden.

Kontakte bestehen in der Domstadt zwischen der »IB« und der AfD. Bereits auf der von der AfD organisierten Demonstration Ende 2015 in Salzkotten beteiligten sich die »Identitären«. Seitdem waren bei allen AfD-Veranstaltungen in Paderborn 10 bis 15 Personen mit Lambda-Symbolen anwesend, die in ihrem Auftreten wie eine Mischung aus Fußball-Ultras und Burschenschaftler wirkten. Als am 13. Mai 2016 Björn Höcke als Redner auf der AfD-Kundgebung vor dem Paderborner Rathaus auftrat, war ebenfalls die »IB« vor Ort, darunter David Mühlenbein. Mühlenbein war nicht nur an der Gründung der »Identitären Bewegung Deutschland e.V.« beteiligt, sondern wirkte im Januar 2014 auch an der Gründung der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« in Paderborn mit.

Vernetzung innerhalb der extremen Rechten

Zusammen mit weiteren Aktivist_innen der »IB« fielen Mühlenbein und andere nach dem Ende der AfD-Kundgebung durch ihr aggressives Verhalten auf.

Zuvor hatten die »Identitären« auf der Kundgebung der AfD für den 11. Juni im »Raum Bielefeld« einen »Alternativen Kulturkongress« beworben. Dort sollte neben Björn Höcke ursprünglich auch Martin Sellner als Referent auftreten. Der »Alternative Kulturkongress« wurde jedoch kurzfristig abgesagt. Anstelle eines großen »Kongresses« mit



Keine Berührungsgänge: Aktivisten der »Identitären Bewegung« verteilen Flyer bei der AfD-Kundgebung am 13.05.2016 in Paderborn

mehreren Referenten fand am 16. Juli in einer Dorfkneipe in der Nähe von Paderborn zumindest eine Veranstaltung mit Martin Sellner statt. Der »identitäre« Netzwerker war darüber hinaus als Redner für die 12. »Bielefelder Ideenwerkstatt« der Burschenschaft »Normannia Nibelungen« im November 2016 angekündigt.

Die Burschenschaft »Normannia Nibelungen« in Bielefeld, die sich selbst das Motto »Ehre – Freiheit – Vaterland« gibt, ist Mitglied im Dachverband der »Deutschen Burschenschaft« (DB). Dieser stand in den letzten Jahren wegen seiner extrem rechten und völkischen Verbandspolitik und der Forderung nach einem »Ariernachweis« für Verbandsbrüder in der Kritik. Zahlreiche Verbindungen bestehen aus dem Milieu der Burschenschaften in die »Neue Rechte«. Viele Autoren und Akteure des neurechten Netzwerks sind auch Burschenschaftler. Doch auch zur NPD und zur militanten Naziszene bestehen Kontakte. Einige Burschenschaftler der »Normannia Nibelungen« sind fest in den regionalen Strukturen der extremen Rechten verankert. So betrieb Hendrik Stiewe über viele Jahre das Rechtsrock-Label »Wewelsburg Records«.

In der Vergangenheit waren schon mehrfach extrem rechte Referenten wie der Holocaustleugner Horst Mahler oder der frühere Generalmajor und Geschichtsrevisionist Gerd Schultze-Rhonhof im Haus der Burschenschaft zu Gast. Die jährlich stattfindende »Ideenwerkstatt« dient sowohl der Vernetzung zwischen Konservatismus und extremen Rechten als auch der Strategieentwicklung und der inhaltlichen Positionsverschiebung der Burschenschaften weiter nach rechts außen.

Bewertung

Die Netzwerke und Strukturen der »Neuen Rechten« arbeiten seit Jahrzehnten an der Verschiebung der Gesellschaft nach rechts, auch in OWL. Im Zuge der aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen um Flucht und Asyl und im Fahrwasser der Proteste rassistischer »besorgter Bürger_innen« oder diverser »PEGIDA«-Ableger und der AfD ergeben sich neue Spielräume und politische Handlungsfelder. Hier kann die »Neue Rechte« ihre rassistischen und antidemokratischen Gesellschaftsvorstellungen verbreiten. In diesem Umfeld kann sich die »Identitäre Bewegung« als aktivistische Bewegung einbringen, weil sie sich vordergründig abseits gebrandmarkter neonazistischer Gruppierungen positioniert. Denn obwohl die tatsächliche Zahl der Aktivist_innen der »IB« überschaubar ist, funktioniert ihre mediale Strategie der Selbstinszenierung über Videoplattformen und soziale Netzwerke und findet auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine verhältnismäßig große Beachtung. Im Netzwerk der »Neuen Rechten« werden sie dafür als aktivistische Avantgarde gefeiert.

Der Autor Johannes Hartwig ist für den Verein »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.« tätig. Der Text basiert auf einem Artikel aus »LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen« Nr. 64, Herbst 2016. www.lotta-magazin.de

AUF STRASSEN UND PLÄTZEN

Aktionen der extremen Rechten im Öffentlichen Raum

Aktuell findet im gesamten Bundesgebiet eine verstärkte extrem rechte Mobilisierung statt. Durch die wachsende Zahl von Asyl- und Schutzsuchenden, aber auch aufgrund islamistischer Aktivitäten in ganz Europa bieten die Themen »Einwanderung«, »Asyl« und »Islam« der extremen Rechten gute Möglichkeiten, ihre menschenverachtenden Ansichten und Forderungen zu verbreiten. Mit Demonstrationen, Flugblättern, Hetze im Internet und persönlichen Auftritten in Bürger_innenversammlungen und Parlamenten machen sie kontinuierlich und oftmals gut organisiert auf sich und ihre politischen Ansichten aufmerksam. Häufig inszenieren sie sich als die Vertreter_innen der »schweigenden Mehrheit«. Die rechte Mobilisierung wird so verstärkt auch für Bürger_innen aus der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig.

Die Neonaziszene in Ostwestfalen-Lippe

Auch die ostwestfälische Naziszene ist bundesweit auf Veranstaltungen anzutreffen. Aufmärsche und Kundgebungen gab es in den letzten Jahren in der Region selbst jedoch eher selten. Mit den seit 2006 jährlich stattfindenden und maßgeblich von der ostwestfälischen Naziszene organisierten »Trauermärschen« im niedersächsischen Bad Nenndorf hatte sich für mehrere Jahre ein überregionaler Termin im Aufmarschkalender der extremen Rechten etabliert, der allerdings zuletzt an Attraktivität einbüßte. Bis zum Jahr 2010 stieg die Anzahl der Teilnehmenden auf fast 1.000. Danach sank die Zahl der Teilnehmenden rapide, und 2016 wurde der Aufmarsch komplett abgesagt. Dies mag auch mit der sich verändernden Strukturierung der militanten Neonaziszene zusammenhängen, deren Aktivitäten und öffentliches Auftreten im Folgenden vorgestellt werden.

»Die Rechte« OWL

Im Herbst 2015 gründete sich in einer Bielefelder Bahnhofsgaststätte der Kreisverband OWL der Partei »Die Rechte«. Beteiligt an der Gründung waren neben dem langjährigen Aktivisten Meinhard Otto Elbing unter anderem der Bielefelder Tim Sauer und Stefan Koch aus Löhne. Mit dem ebenfalls in Bielefeld wohnenden Sascha Krolzig wurde ein langjähriger Aktiver der Partei zum Kreisvorsitzenden gewählt. In die Öffentlichkeit drängte »Die Rechte« ab Ende 2015, als sie verkündete, eine sogenannte »Schulhof-CD« verteilen zu wollen. Bei diesen CDs handelte es sich um einen selbstgebrannten Tonträger, dessen Inhalte größtenteils einer älteren »Schulhof-CD« der NPD entnommen waren. Tatsächlich wurden jedoch nur sehr wenige CDs verteilt, die vollmundig angekündigte »Schulhof-Offensive« blieb aus. Dennoch war nach der Gründung des Ortsverbandes der Partei zunächst eine verstärkte Aktivität wahrzunehmen. Ende 2015 nahmen Aktivist_innen an diversen Informationsveranstaltungen zur lokalen Unterbringung von Geflüchteten teil und versuchten dort, ihre rassistische Hetze zu verbreiten.

Kämpferisch verkündete »Die Rechte - Ostwestfalen-Lippe« am 16. Oktober 2015 bei einer »PEGIDA«-Demonstration in Bünde, sie werde alle Veranstaltungen unterstützen, auf denen »deutsche Interessen« vertreten würden, egal unter welchem Label das geschehe. Tatsächlich beteiligten sich Mitglieder der Partei an der Kundgebung von »Russland-

deutschen« am 24. Januar 2016 vor dem Bielefelder Rathaus und 2015/16 an den Demonstrationen der AfD in Ahlen, Salzkotten und Paderborn.

Im April 2016 meldete »Die Rechte« OWL eine Kundgebungstour durch verschiedene ostwestfälische Städte an. Etwa zwanzig lokale Aktivist_innen und einige Auswärtige steuerten mit einem Bus die Kundgebungsorte in Harsewinkel, Bielefeld-Jöllennebeck, Herford und Halle/Westfalen an. Die Kundgebungstour war Teil der Mobilisierung zum jährlich stattfindenden Großaufmarsch »Tag der Deutschen Zukunft«, der 2016 in Dortmund stattfand. An allen vier Kundgebungsorten waren die Veranstaltungen der Neonazis durch ein massives Polizeiaufgebot abgeschirmt und von starkem Gegenprotest begleitet.

Zu den öffentlichen Aktionen der Partei zählen auch Verteilaktionen, bei denen Hetzschriften zum Thema »Asyl« in Gütersloh, Herzebrock-Clarholz, Werther und in mehreren Stadtteilen Bielefelds (Dornberg, Kirchdornberg, Schildesche, Quelle, Sieker, Bielefeld-Mitte, Senne, Sennestadt, Jöllennebeck, Oldentrup, Hillegossen und Gellershagen), in Briefkästen eingeworfen oder direkt an Bürger_innen ausgegeben wurden.

»Bielefelder Bürgerwille«

Mit Unterstützung durch Ester Seitz, Melanie Dittmer und Sascha Krolzig organisierte eine Person aus dem »BIEGIDA«-Umfeld Anfang Juli 2016 einen Aufmarsch vom Bielefelder Hauptbahnhof zum Rathaus. Der größte Teil der circa fünfzig Teilnehmenden gehörte zur organisierten Naziszene aus dem Ruhrgebiet und stammt aus dem Umfeld der Partei »Die Rechte«. Der Aufmarsch positionierte sich inhaltlich mit Parolen wie »Nationaler Sozialismus – jetzt«. An der Organisation des Aufmarsches waren auch lokale Neonazikader beteiligt, so wurde das Lautsprecherfahrzeug vom langjährigen Kameradschaftsführer Bernd Stehmann gefahren. Die Gruppierung »Bielefelder Bürgerwille« verschwand allerdings kurz darauf wieder von der Bildfläche.

»BIEGIDA«

Der Bielefelder Ableger der bundesweiten »PEGIDA«-Bewegung hatte einen schwierigen Start. Ein erster Termin, angekündigt für Juni 2015, wurde kurzfristig vom Anmel-der, dem ehemaligen Bezirksvorsitzenden der Partei »Pro-

NRW«, Thomas Borgartz, abgesagt. Prompt bescheinigte Sascha Krolzig ihm »Feigheit vor dem Feind«. Dennoch beteiligte dieser sich im September 2015 an Borgartz' zweitem Versuch, den lang angekündigten »BIEGIDA«-Marsch« in Bielefeld durchzuführen. An der Demonstration, auf der unter anderen Melanie Dittmer aus Düsseldorf als Rednerin eingeladen war, beteiligten sich jedoch nur 19 Personen. Im Oktober 2015 fand eine weitere »BIEGIDA«-Demonstration statt, diesmal im ostwestfälischen Bünde. Mit knapp vierzig Teilnehmenden sollte dies der größte von Borgartz organisierte »PEGIDA«-Aufmarsch bleiben.

Anfang 2016 gab es einen neuen Anlauf mit vier weiteren »BIEGIDA«-Kundgebungen, jedoch mit kontinuierlich sinkender Resonanz. Der Versuch, die Veranstaltungen durch eine Verlegung zum Hauptbahnhof oder nach Bielefeld-Brackwede und durch das Einladen einigermaßen bekannter Gastredner_innen wie Ester Seitz, Ferdinand Gerlach oder Lionel Baland aus Belgien zu beleben, misslang. So konnten die Teilnehmenden der letzten »BIEGIDA«-Veranstaltung am Bielefelder Hauptbahnhof in einem einzigen PKW geschlossen abreisen.

Bürgerwehren

Nach den Ereignissen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln entbrannte eine rassistisch aufgeladene Debatte über sexistische Gewalt, die von geflüchteten Männern ausgehen solle. Im gesamten Bundesgebiet schossen selbsternannte »Bürgerwehren« aus dem Boden, die sich zum Ziel gesetzt hatte, »unsere Frauen« zu schützen. Auch in Ostwestfalen gründeten sich in den ersten Wochen des Jahres 2016 »Bürger- und Nachbarschaftswehren«. Viele davon blieben ein digitales Ereignis in sozialen Netzwerken. Einige traten jedoch tatsächlich auch auf der Straße in Erscheinung. Dazu gehörte eine Bielefelder »Bürgerwehr«, die sich zunächst

als »Facebook«-Gruppe organisierte. Die Anzahl der registrierten Mitglieder stieg auf über dreihundert an, darunter viele Akteur_innen der lokalen extremen Rechten. Bei einer ersten öffentlichen »Patrouille« im Bielefelder Bahnhofsviertel waren Aktivist_innen der Partei »Die Rechte« anwesend. Weitere Personen konnten der gewaltorientierten rechten Fußball-Fanzene zugeordnet werden. Dieser erste öffentliche Auftritt der »Bürgerwehr Bielefeld« wurde jedoch von einem Großaufgebot der Polizei verhindert – die Beteiligten erhielten Platzverweise. Folglich ebnete das Interesse an gemeinsamen »Rundgängen« schnell wieder ab. Zwei Wochen später fand in Bielefeld ein weiterer Versuch statt. Vor einer Kneipe in der Altstadt sammelte sich am 23. Januar 2016 eine dreißig Personen starke Gruppe und zog verumumt durch die Innenstadt. Auch diese Gruppe, bestehend aus Personen aus dem Hooligan- und Türstermilieu, wurde durch ein Großaufgebot der Polizei gestoppt. Bei Personendurchsuchungen wurden diverse Schlagwaffen und Pyrotechnik gefunden.

Unter dem Namen »Vereinigte Bürgerwehren Lippe« hielten sieben Personen der extrem rechten Szene auch in Detmold an einem Samstagnachmittag im Februar 2016 eine Kundgebung ab – dieses war ihr einziger öffentlicher Auftritt. Nach anfänglichem Aktionismus, vor allem in den sozialen Netzwerken, sind nahezu alle derartigen Aktivitäten in Ostwestfalen-Lippe eingeschlafen.

AfD-Demonstrationen

Mit ihren seit Ende 2015 durchgeführten Demonstrationen in OWL gelang der »Alternative für Deutschland« (AfD) das, woran die früheren Versuche von »PEGIDA«-Formationen in Ostwestfalen-Lippe kläglich scheiterten: Sie vollzog den öffentlichen Schulterchluss von rassistischen Wutbürger_innen, Anhänger_innen der »Reichsideologie«,



Militante Nazis auf Mini-Kundgebungstour, die »Rechte OWL« zusammen mit den »Nationalisten Gütersloh« am 23. April 2016, hier in Bielefeld Jöllbeck.



extrem rechten Hooligans und militanten Neonazis. Die erste Demonstration der AfD in NRW fand am 16. November 2015 in Oelde, Kreis Warendorf, statt. An der Demo beteiligten sich neben den regionalen AfD-Strukturen auch Neonazis der Partei »Die Rechte« aus OWL und Dortmund. Dass diese mit ihrer Parole »Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!« die Demo dominierten, störte die AfD nicht. Auch an den folgenden Aufmärschen der AfD in Salzkotten am 4. Dezember 2015 unter dem Motto »Asylchaos beenden – jetzt!« nahmen abermals extrem rechte Hooligans und organisierte Neonazis teil. »Die Rechte« OWL zog im Anschluss eine positive Bilanz. Obwohl Sascha Krolzig der Demo verwiesen worden war, konnten andere Bielefelder Neonazis problemlos an der Demonstration teilnehmen. »Die Rechte« OWL verkündete anschließend, dass neben eigenen Mitgliedern auch »Mitglieder [...] der NPD und der Identitären Bewegung« beteiligt gewesen seien.

Seit Januar 2016 finden die Aufmärsche der ostwestfälischen AfD in Paderborn statt. Am ersten Aufmarsch beteiligten sich etwa 800 Personen. Bereits kurze Zeit später sank jedoch die Zahl der Teilnehmenden, und aus anfänglichen Demonstrationen wurden Kundgebungen. Am 13. Mai 2016 war der Spitzenpolitiker Björn Höcke als Redner auf der AfD-Kundgebung vor dem Paderborner Rathaus geladen. Unter den Zuhörern befanden sich Aktivist_innen der verbotenen Neonazi-Organisation »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ), unter ihnen Gerd Ulrich aus Detmold und Aktivist_innen der »Identitären Bewegung«.

Fazit

Die zunehmenden Diskussionen über Flucht- und Migration haben dazu geführt, dass verschiedenste rassistische Mobilisierungen großen Zulauf erhalten. Dabei bildet auch Ostwestfalen-Lippe keine Ausnahme. Auffallend ist, dass viele Aktivitäten anfänglich mit personeller Unterstützung durch organisierte Neonazikader von außerhalb stattfanden. Während sich »bürgernah« gebende Zusammenschlüsse zunächst nur wenig erfolgreich dabei waren, Menschen zu mobilisieren, gelang es der AfD zumindest in Paderborn, mehrere größere Kundgebungen durchzuführen.

Es wird sich in den kommenden Monaten und Jahren zeigen, in welcher Weise sich die öffentlichen extrem rechten Mobilisierungen von organisierten Neonazis, Hooligans, Personen aus dem Rockermilieu und sogenannten »besorgten Bürger_innen« weiterentwickeln. Festzustellen ist jedenfalls, dass neben den bekannten klassischen Neonazi-aufmärschen inzwischen neue Konstellationen rassistischer Mobilisierung und eine stärker publikumswirksame Demonstrationspolitik auf den Plan getreten ist, deren Reichweite sich weit über die extrem rechte Szene hinaus erstreckt.

Gerade aufgrund der Anschlussfähigkeit an die rassistischen Diskurse in der Mitte der Gesellschaft ist es besonders wichtig, auch gegen scheinbar »unwichtige« oder »nebensächliche« Vorkommnisse vorzugehen.

Extrem rechte und rassistische Demonstrationen und Kundgebungen Februar 2002 – September 2016

2002

- 2.2. *Bielefeld* | »Freie Kameradschaften«, ca. 1.700 Personen
- 2.3. *Bielefeld* | »Freie Kameradschaften«, ca. 600

2006

- 25.3. *Gütersloh* | »Freie Kameradschaften«, ca. 150
- 16.9. *Bielefeld, Minden, Gütersloh* | »Freie Kameradschaften«, ca. 140
- 25.11. *Minden* | »Freie Kameradschaften«, 12
- 24.12. *Minden* | »Freie Kameradschaften«, ca. 60

2007

- 17.3. *Minden* | »Freie Kameradschaften«, NPD, ca. 170
- 28.4. *Paderborn* | NPD, ca. 100
- 30.6. *Herford* | »Freie Kameradschaften«, ca. 120
- 8.9. *Detmold* | »Freie Kameradschaften«, ca. 25

2010

- 3.5. *Minden, Bad Salzuflen, Bielefeld, Gütersloh* | Pro NRW, ca. 10 -15
- 4.5. *Paderborn* | Pro NRW, ca. 10 -15

2011

- 6.8. *Bielefeld* | »Kameradschaft Westfalen Nord«, ca. 150
- 24.12. *Bielefeld* | »Kameradschaft Westfalen Nord«, ca. 75

2012

- 3.5. *Paderborn, Minden, Bielefeld* | NPD, ca. 20
- 7.5. *Bielefeld* | Pro NRW, 14

2013

- 18.3. *Bielefeld* | Pro NRW, 11
- 26.8. *Paderborn und Bielefeld* | Pro Deutschland, 7

2015

- 21.9. *Bielefeld* | »BIEGIDA«, ca. 19
- 16.10. *Bünde* | »BIEGIDA«, 38
- 4.12. *Salzkotten* | AfD, ca. 250

2016

- 15.1. *Paderborn* | AfD, ca. 800
- 12.2. *Paderborn* | AfD, ca. 500
- 27.2. *Detmold* | »Vereinigte Bürgerwehr Lippe«, 7
- 17.3. *Paderborn* | AfD, ca. 180
- 2.4. *Bielefeld* | »BIEGIDA«, ca. 23
- 15.4. *Bielefeld* | »BIEGIDA«, ca. 11
- 23.4. *Harsewinkel, Bielefeld-Jöllenbeck, Herford, Halle* | Die Rechte OWL, ca. 20
- 13.5. *Paderborn* | AfD, ca. 450
- 20.5. *Bielefeld* | »BIEGIDA«, 3
- 3.6. *Bielefeld* | »BIEGIDA«, 4
- 9.7. *Bielefeld* | »Bielefelder Bürgerwille«, ca. 50

WENN AUS NACHBARN INNEN BRANDSTIFTER INNEN WERDEN

Angriffe und Anschläge gegen Geflüchtete in OWL

Menschen verlassen ihre Herkunftsländer auf der Suche nach Schutz vor Krieg, Terror, Unterdrückung, Armut, Hunger und Not. Mit der Hoffnung auf eine sicherere Zukunft und neue Perspektiven machen sich viele auf den beschwerlichen und gefährlichen Weg. Einige schaffen es nach Europa, wenige bis nach Deutschland. Einmal hier angekommen stehen einem guten Leben in Sicherheit nicht nur ein unmenschliches bürokratisches Asylverfahren entgegen, sondern auch direkte rassistisch motivierte Bedrohung und Gewalt. In diesem Artikel soll ein Einblick in Vorkommnisse der letzten Monate in Ostwestfalen-Lippe und darüber hinaus gegeben werden sowie der politische und gesellschaftliche Zusammenhang, in dem die Übergriffe stehen, beleuchtet werden.

In ganz Deutschland ist eine zunehmende Zahl von Übergriffen, Gewalt und Anschlägen, die sich gegen Geflüchtete richten, zu verzeichnen. Zu dieser Einschätzung kommen sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Stellen.

So zählt das Bundeskriminalamt (BKA) für das Jahr 2015 nicht weniger als 1.305 rechte Delikte gegen Geflüchtete, was fast einer Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr entspricht (2014: 482). Außerdem werden mit 1.031 Angriffen auf Unterkünfte von Geflüchteten mehr als fünf Mal so viele registriert wie im Vorjahr (2014: 199).

Die Zahlen des BKA basieren auf der Erfassung von Delikten des »Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität« (KPM-D-PMK). In dieser offiziellen Liste tauchen viele Fälle nicht auf. Erfasst werden nur diejenigen, die direkt gegen Geflüchtete oder ihre Unterkünfte gerichtet sind. Findet ein Übergriff nur eine Straßenkreuzung von einer Unterkunft entfernt statt, wird dieser womöglich nicht in den rechten Kontext gerückt. Die »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle«, dokumentiert von der »Amadeu Antonio Stiftung« (AAS) und »Pro Asyl«, verzeichnet für das Jahr 2015 dagegen 1.266 Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte (2014: 247), davon 189 tätliche Übergriffe (Körperverletzungen) und 138 Brandanschläge. Für die Chronik werden auch Berichte aus den Medien hinzugezogen. Für das Jahr 2016 zählte die Chronik bis Oktober bereits 1.092 Angriffe, davon 217 tätliche Übergriffe auf Geflüchtete und 115 Brandanschläge. Für Ostwestfalen-Lippe (die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn und die Stadt Bielefeld) sind basierend auf offiziellen staatlichen Statistiken (Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, BKA) und Medienberichten für 2015 und das erste Quartal 2016 – also innerhalb von 15 Monaten – mehr als 100 Angriffe und Anschläge auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte zu verzeichnen. Dies bedeutet, dass sich in OWL – in unserer Nachbarschaft – etwa alle vier Tage ein Vorfall ereignet und öffentlich wird.

Die Zahlen sprechen für sich: 33-mal wurde strafrechtlich relevant gegen Geflüchtete gehetzt (Volksverhetzung) oder Nazi-Propaganda verbreitet. Dreißigmal kam es zu Sachbeschädigungen, zu Ungunsten geflüchteter Menschen oder gegen ihre Unterkünfte. Zudem sind 15 Körperverletzungsdelikte aktenkundig geworden. In etwa zehn Fällen kam es zu Nötigungen oder Bedrohungen gegenüber geflüchteten Menschen. Achtmal wurde wegen Brandstiftungen an Un-

terkünften für geflüchtete Menschen ermittelt. Teilweise waren die Unterkünfte unbewohnt und befanden sich noch im Bau, teilweise wohnten dort Menschen, was somit auch als versuchter Mord aufgefasst werden kann. Mehrfach wurde mit Schusswaffen auf oder in bedrohlicher Weise um Geflüchtetenunterkünfte herum geschossen.

Statistisch nicht erfasst sind die unzähligen Fälle von Hetze gegen Geflüchtete im Internet, beispielsweise beim Kurznachrichtendienst »Twitter« oder dem sozialen Netzwerk »Facebook«. Ebenso wenig mitgezählt sind rechtspopulistische und neonazistische Kundgebungen und Aufmärsche, das Verkleben von Propaganda-Material, das Verteilen von Flugblättern sowie das Verbreiten rechter Parolen. Obwohl hier oftmals ein hohes Maß an Menschenverachtung zum Ausdruck kommt, werden diese Vorfälle häufig nicht zur Anzeige gebracht oder sind als »Meinungsäußerung« strafrechtlich nicht relevant. Es ist also davon auszugehen, dass die tatsächlichen Zahlen von Übergriffen und Anschlägen weit höher liegen, als es die offiziellen Statistiken glauben machen. Viele Taten werden nie an die Öffentlichkeit gelangen. Opfer rassistischer Gewalt zeigen Vorfälle oftmals nicht bei der Polizei an. Sie haben Angst vor weiterer Stigmatisierung, wollen im Laufe der Ermittlungen nicht erneut mit der Tat konfrontiert werden, haben schlechte Erfahrungen mit Behörden gemacht (z. B. durch ständige illegitime Kontrollen anhand von Racial Profiling) oder befürchten Auswirkungen auf laufende Asylverfahren.

Rolle der Medien: Alles weit weg

In den lokalen und überregionalen Medien werden nur die besonders heftigen Ereignisse kurzzeitig thematisiert. Immer noch werden Rassismus und die damit begründeten tätlichen Angriffe als »ostdeutsches Phänomen« dargestellt. Dabei handelt es sich tatsächlich um eine Verharmlosung. Nur selten nehmen sich Journalist_innen wirklich die Zeit für ausführliche Recherchen. Oftmals werden Meldungen der Polizeibehörden unkritisch übernommen. Statt die betroffenen Geflüchteten zu Wort kommen zu lassen, werden nicht selten die sich ins Scheinwerferlicht drängenden Lokalpolitiker_innen zitiert. Diese versuchen dann einen möglichen Makel vom Namen ihrer Stadt abzuwenden und beteuern ausdauernd, dass es sich lediglich um »bedauernde Einzelfälle« handele.



Tatmotive und Täter_innen

Rassistisch motivierte Taten gelten der Machtausübung und Einschüchterung. Den Tätern geht es dabei auch um politischen Einfluss und um die Erreichung konkreter politischer Ziele – so etwa die Schließung einer Geflüchtetenunterkunft in der Nachbarschaft. Der in der Gesellschaft vorhandene Rassismus wird durch gezielte Agitation verstärkt. Selten tritt zutage, wer für Angriffe oder Anschläge verantwortlich ist. Das BKA hat die Tatverdächtigen bei Übergriffen gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte aus dem Jahr 2015 analysiert: Rund drei Viertel von ihnen kamen aus der Nachbarschaft, dem gleichen Ort, in dem die Tat begangen wurde, neunzig Prozent lebten in einem Umkreis von zwanzig

Kilometern. Die Täter_innen waren meistens zwischen 20 und 25 Jahre alt und handelten in 42 Prozent der Fälle allein. In beinahe fünfzig Prozent aller betrachteten Fälle beging eine Gruppe von zwei bis fünf Personen die Tat. Von den Täter_innen wiederum waren mehr als die Hälfte polizeilich bekannt, ein Drittel der Tatverdächtigen fiel bereits zuvor dem Staatsschutz auf (z. B. wegen der Verbreitung von Nazi-Symbolen) und kann einer extrem rechten Szene (z. B. Autonome Nationalisten, Kameradschaft) zugeordnet werden. Bei etwa 18 Prozent der Tatverdächtigen gibt es sogar Erkenntnisse über einen Bezug zu einer extrem rechten Organisation (z. B. Mitgliedschaft in einer Partei). Auffällig ist, dass in den Ermittlungen und Gerichtsverfahren häufig die erste Klassifizierung einer Tat durch die Po-

Exemplarische Vorfälle in OWL

Schüsse und Volksverhetzung

➔ Porta Westfalica-Vennebeck

Am Samstag, den 17. Januar 2015, beschloss nachts eine Gruppe von etwa sechs Männern eine bewohnte Unterkunft für Geflüchtete in Porta Westfalica-Vennebeck (Kreis Minden-Lübbecke) aus einer Pistole mit Farbkugeln. Die Fassade wurde erheblich beschmutzt. Etwa eine Stunde später kehrten die Täter zurück, riefen rassistische Parolen und hämmerten an Türen und Fenstern.

Die zuvor von Anwohner_innen gerufene Polizei war zu diesem Zeitpunkt schon wieder abgerückt. Wenige Tage später kommentierte der »Stützpunkt Hermannsland« der Nazi-Partei »Der III. Weg« im Internet die Angriffe als: »So weit, so gut!« Die Ermittlungen wurden eingestellt, ohne dass die Täter belangt wurden.

Brandstiftung / versuchter Mord

➔ Porta Westfalica-Eisbergen

Am Montag, den 14. September 2015, gegen 23:30 Uhr wurden in Porta Westfalica-Eisbergen (Kreis Minden-Lübbecke) zwei mit Benzin gefüllte Flaschen gegen eine von 37 Menschen bewohnte Unterkunft geworfen. Ein Brandsatz verfehlte nur knapp das Küchenfenster, in dem sich ein Vater mit seinem Baby aufhielt. Der andere Brandsatz verfehlte glücklicherweise sein Ziel. Die aus dem Schlaf geschreckten Bewohner_innen löschten eiligst die Flammen. Es wurde glücklicherweise niemand verletzt oder gar getötet.

Die alarmierte Polizei sicherte den Tatort und ermittelte anhand von DNA-Spuren die Täter_innen. Gegen drei Männer und eine Frau begann am 4. Oktober 2016 vor dem Amtsgericht Minden der Prozess wegen schwerer Brandstiftung.

Dem Prozess-Auftakt war ein juristisches Hin und Her vorangegangen. Das Amtsgericht Minden zog in Betracht, dass es sich bei dem Anschlag um eine versuchte Tötung gehandelt haben könnte, was bei einem Versuch, ein Gebäude, in dem

Menschen leben, anzuzünden, naheliegend ist. Da für ein solch schweres Vergehen übergeordnete Gerichte zuständig sind, wurde das Verfahren zunächst abgegeben. Doch das Amtsgericht Minden, die Staatsanwaltschaft und das Landgericht Bielefeld waren sich uneins.

Nach Aktenlage wurde die Tat als eine versuchte schwere Brandstiftung abgetan. Dabei hat sich das Landgericht die Aussagen von Beschuldigten zu Eigen gemacht und nicht, wie gewöhnlich und geboten, zurückhaltend bewertet. Angeblich wollten die Beschuldigten nur »ein Zeichen gegen Flüchtlinge setzen«. Durch die Zurückweisung des Landgerichts ist nun wieder das Amtsgericht zuständig und möglicherweise bereits in der Beweisaufnahme eingeschränkt.

Gefährliche Körperverletzung ➔ Paderborn

Am Montag, den 25. Januar 2016, gegen 22 Uhr wurden in der Paderborner Innenstadt zwei 16-jährige Geflüchtete auf offener Straße von drei Männern bedrängt, bedroht und angegriffen. Als die beiden Jugendlichen vor einem Hotel warteten, wurden sie von den Tätern auf Englisch angesprochen. Unvermittelt sprühte ein Täter mit Tränengas und traf die beiden jungen Menschen im Gesicht, die sich daraufhin mit tränenden Augen in die Hotel-Lobby zurückzogen.

Die Täter flohen. Die Verletzten ließen sich später ambulant in einem Krankenhaus behandeln. Der Staatsschutz der Bielefelder Polizei sucht immer noch nach den Tätern.

Sachbeschädigung ➔ Verl

Am 14. November 2015 klingelten fünf junge Männer mehrfach an einer Geflüchteten-Unterkunft in Verl (Kreis Gütersloh). Sie bewarfen Fenster mit einem Baseball und demolierten ein Oberlicht mit einer Eisenstange. Weiterhin schlugen sie die Eingangstür mit einem vor der Unterkunft befindlichen Blumenkübel ein und zerstörten mehrere Glasscheiben. Anschließend zündeten die Täter diverse Feuer-

WENN AUS NACHBAR_INNEN BRANDSTIFTER WERDEN

Angriffe und Anschläge gegen Geflüchtete in OWL

lizei beibehalten wird. Falsche Beurteilungen verharmlosen häufig die Tat und sind schlecht zu korrigieren. Auch in der Justiz werden die Taten häufig verharmlost und entpolitisiert, indem rassistische Motive nicht als solche benannt werden. Im Gegensatz dazu müssen vielmehr private Probleme oder übermäßiger Alkoholkonsum für die Begründung der Tat herhalten. Das hintergründige Motiv – das ist Rassismus – wird verharmlost, obwohl das Tatmotiv als zentral für die Bemessung einer Strafe anzusehen ist. Erschreckend ist außerdem, wie selten Täter_innen überhaupt ermittelt und zur Verantwortung gezogen werden. Die Aufklärungsquote rassistischer Übergriffe ist gering und die Anzahl der daraus folgenden Anklagen entsprechend noch geringer. Ein Grund hierfür ist, dass Betroffene Taten nicht

werkskörper und Böller und warfen diese durch die zerbrochenen Scheiben in den Eingangsbereich des Gebäudes. Die Polizei schnappt sie ungewöhnlich schnell. Zum Tatmotiv gibt die Polizei an: »Frustabbau aufgrund privater Probleme.«

Rassistische Propaganda ➔ Detmold

Am 23. Februar 2016 tauchten in der Innenstadt von Detmold (Kreis Lippe) Holzkreuze beschriftet mit rassistischen Parolen wie beispielsweise »Asylflut stoppen, sicher leben!« oder »Masseneinwanderung – nein danke!« auf. Die aus Dachlatten zusammengesetzten, etwa fünfzig Zentimeter langen und dreißig Zentimeter breiten, weiß lackierten Kreuze wurden über Nacht an mehreren Stellen aufgestellt und an Laternenmasten befestigt. Die Polizei sammelte die Kreuze ein, zwei große Müllsäcke waren gefüllt. Ein ranghoher Mitarbeiter des Bielefelder Staatsschutzes war sich nicht sicher, ob eine Straftat vorliege.

Schüsse ➔ Schieder-Schwalenberg

Am frühen Sonntagmorgen, am 27. März 2016, gegen 5 Uhr schoss ein wegen Drogendelikten polizeibekannter 18-jähriger Blomberger mit einem Luftgewehr siebenmal auf drei Fensterscheiben einer Unterkunft für Geflüchtete in Schieder-Schwalenberg. Hinter einem der Fenster stand ein Mensch. Nur durch Zufall wurde niemand verletzt, da die Kugeln größtenteils in den Scheiben stecken blieben. Im August 2016 fand der Gerichtsprozess statt.

Obwohl die Tat zunächst als versuchte gefährliche Körperverletzung gegolten und dem Täter damit eine Gefängnisstrafe gedroht hatte, wurde er zu einer sogenannten Vorbewahrung verurteilt, muss also zunächst keine Strafe verbüßen.

als rassistisch motiviert wahrnehmen. Ein anderer besteht darin, dass Opfern, wie etwa in Bezug auf die Morde des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), nicht geglaubt wird, was wiederum dazu führen kann, dass Betroffene und Zeug_innen das Vertrauen in die Ermittlungsbehörden verlieren und eine Zusammenarbeit verweigern. Das gilt insbesondere dann, wenn sie mit weiteren Bedrohungen rechnen müssen.

Einordnung

Spätestens seit 2014 verschärfte sich die Situation in den weltweiten Krisenregionen, und ein größerer Anteil der Flüchtlinge erreichte Europa. Gleichzeitig lässt sich eine neue Dynamik rechter Kräfte feststellen, die massiven Auftrieb erhalten (z. B. die AfD). Rechte Akteur_innen schließen sich anlassbezogen oder auch langfristig vermehrt zusammen. Dies geschieht über die Grenzen von Szenen, Milieus und Organisationen hinweg, wie »PEGIDA« (»Patriotische Europäer gegen eine Islamisierung des Abendlands«) oder HoGeSa (»Hooligans gegen Salafismus«) vor Augen führen. Sie eint ihre Ablehnung von Einwanderung und rassistisches Denken. Gleichzeitig agieren die etablierten Parteien wie gehabt und verschärfen weiterhin Gesetze, damit immer weniger Menschen bürokratisch und rechtlich die Möglichkeit haben, nach Deutschland zu gelangen oder gar dort zu bleiben. Zum Beispiel werden im Handstreich Staaten zu sogenannten »sicheren Herkunftsländern« erklärt, damit von dort stammende Menschen schneller abgeschoben werden können. Die Nicht-Wahrnehmung rassistischer Gewalt und Anschläge führt zu einer Normalisierung und Verharmlosung von Rassismus. Doch Rassismus ist potentiell tödlich. Wir dürfen Übergriffe nicht als Normalität, als etwas, das eben irgendwie passiert, stehen lassen. Wir müssen nachhaken, wenn die Zeitung nicht oder nur wenig berichtet. Wir müssen nachfragen, warum nichts oder nur wenig getan wird, um Taten aufzuklären. Wir müssen wachsam sein, wenn Taten bei Polizei, Justiz, in den Medien und in der Öffentlichkeit als angeblich unpolitisch dargestellt werden. Wir müssen aufschreien und damit verdeutlichen, was passiert und was nicht getan wird, um zukünftige Anschläge zu verhindern. Wir müssen dem sich zuspitzenden politischen Klima etwas entgegensetzen. Denn wer gegen Minderheiten hetzt und Asylgesetze verschärft, um sich bei konservativen und rechten Wähler_innen anzubiedern, gießt Öl ins Feuer, in dem Menschen zu Tode kommen, weil Neonazis, Rassist_innen oder Nachbar_innen Taten folgen lassen. Vor allem aber müssen wir solidarisch mit den Betroffenen rassistischer Gewalt sein: Täter_innen nützt die räumliche und gesellschaftliche Isolation vieler Geflüchteter. Es ist nie zu spät, in Kontakt mit (neuen) Nachbar_innen zu kommen und zu fragen, ob sie Unterstützung wünschen.

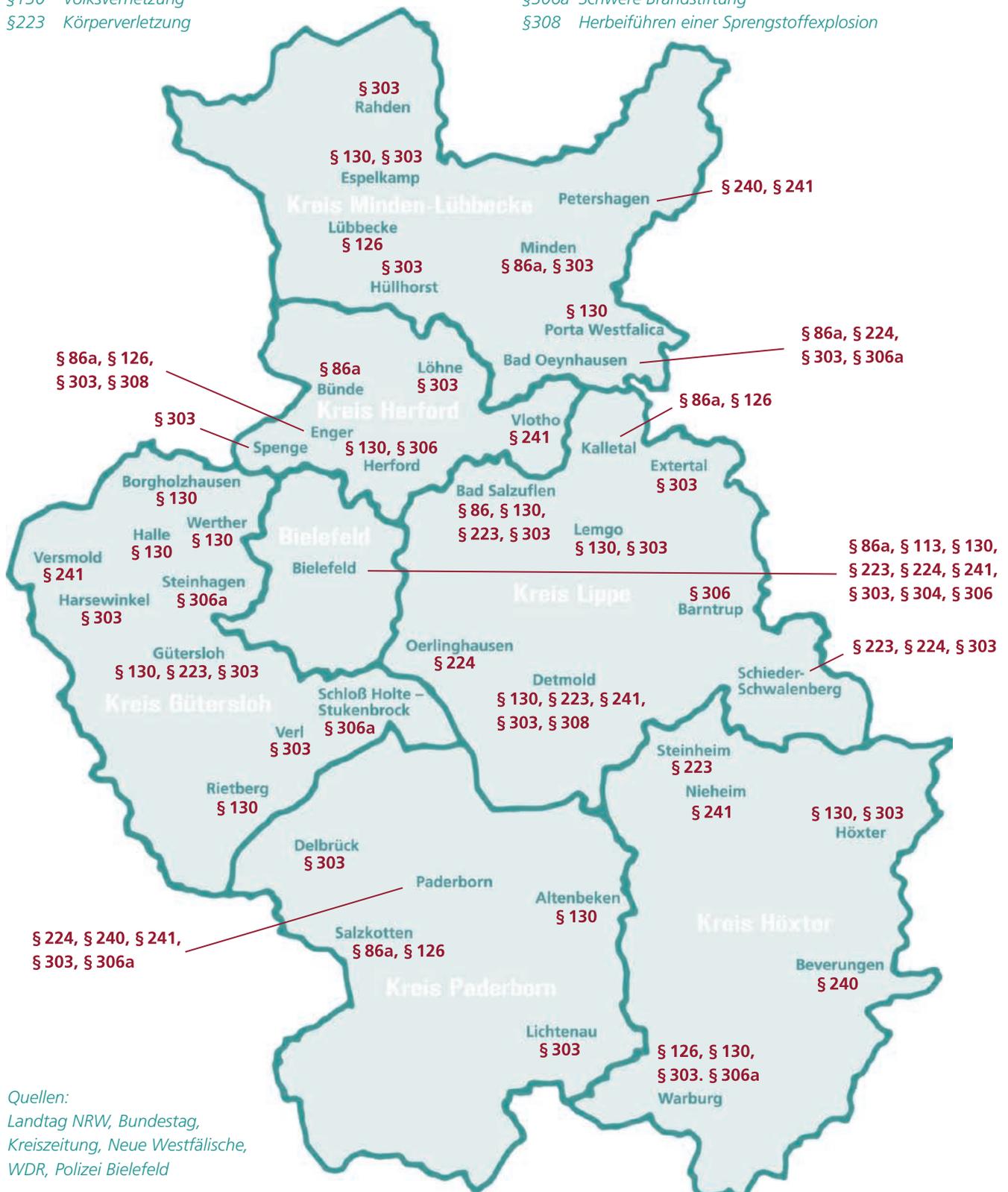
Der Autor ist für den »AK Asyl e.V.« tätig.

EXTREM RECHTE STRAFTATEN IN OWL 9/2015 - 5/2016

Insgesamt 125 Vorfälle:

- §86a Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- §113 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
- §126 Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten
- §130 Volksverhetzung
- §223 Körperverletzung

- §224 Gefährliche Körperverletzung
- §240 Nötigung
- §241 Bedrohung
- §303 Sachbeschädigung
- §304 Gemeinschädliche Sachbeschädigung
- §306 Brandstiftung
- §306a Schwere Brandstiftung
- §308 Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion



Quellen:
Landtag NRW, Bundestag,
Kreiszeitung, Neue Westfälische,
WDR, Polizei Bielefeld

GLAUBE AN DIE BRD GMBH

Verschwörungstheorie und »Reichsbürger«

Wer auf der Suche nach Antworten auf scheinbar existenzielle Fragen des Lebens ist – wie beispielsweise der nach dem Sinn des Lebens oder der nach der Ursache für gesellschaftliche Krisen, Kriege oder Naturkatastrophen –, der hat gute Chancen, vermeintliche Antworten darauf im Bereich der Verschwörungstheorien zu finden.

Je nach Art der Verschwörungstheorie wird eine bestimmte vermeintlich mächtige Interessengruppe für gesellschaftliche Entwicklungen verantwortlich gemacht. Naturkatastrophen, soziale Krisen, aber auch persönliche Schicksalsschläge werden damit erklärt, dass sie von außen vorgegeben und gesteuert sind.

Häufig basieren Verschwörungstheorien auf einem dualistischen Weltbild, das die Welt in »gut« und »böse« aufteilt. Nach der Lesart: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!«, werden nicht nur gesellschaftliche Prozesse in den Kontext der vermeintlichen Verschwörung eingeordnet, sondern darüber hinaus auch klare Unterscheidungen zwischen Freund_innen und Feind_innen vorgenommen.

Derartige Deutungsmuster geben Orientierung und ermöglichen es, gesellschaftliche Entwicklungen einzuordnen. Der Glaube an eine angebliche Verschwörung wirkt sinn- und identitätsstiftend, und das menschliche Bedürfnis, sich selbst und anderen »die Welt zu erklären«, wird bedient.

Verschwörungstheorien und Antisemitismus

Zur Erklärung aktueller gesellschaftlicher Prozesse und Ereignisse ziehen Verschwörungstheorien häufig traditionelle antisemitische Stereotype heran. Der Glaube an die Herrschaft einer vermeintlichen Elite ist hier verknüpft mit dem Glauben an die sogenannte »jüdische Weltverschwörung«. Demzufolge werden »die Juden« nicht nur als »Wurzel allen Übels« angesehen, sondern darüber hinaus als eine machtvoll instanz, die den Lauf der Welt steuert.

Die Idee der »jüdischen Weltverschwörung« geht zurück auf die »Protokolle der Weisen von Zion«. Dabei handelt es sich um eine antisemitische Hetzschrift, die Ende des 19. Jahrhunderts aus unterschiedlichen Textquellen zusammengeschrieben wurde. Entsprechend ist es nicht verwunder-

lich, dass die Verschwörungsszene eine Anlaufstelle sowohl für harmlose Esoterikgläubige als auch für extrem rechte Aktivist_innen bildet. Offenkundig wird die Verbindung zur extremen Rechten, wenn mensch die sogenannte »Reichsbürgerbewegung« etwas näher beleuchtet.

Die Reichsideologie

Die Anhänger_innen der Reichsideologie betrachten die Bundesrepublik Deutschland als illegitimes politisches Konstrukt und glauben an den Fortbestand des Deutschen Reiches. Die Nichtanerkennung des Staates führt konsequenterweise dazu, dass die Anhängerschaft der Reichsideologie auch die Gesetze der BRD nicht akzeptiert. Demzufolge lehnt sie die Zahlung von Steuern, Kfz-Gebühren oder Buß-



Mit der Aktion »Grenzposten für Vollposten« demonstriert das Bündnis »Gemeinsam für Vielfalt. Löhne gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus« gegen die Umtriebe der »Reichsbürger« von der »Justiz-Oper-Hilfe NRW« (JOH).

geldern ab. Zu Strategie gehört es, die Arbeit von staatlichen Institutionen zu sabotieren. Reichsideolog_innen reichen beispielsweise umfangreiche Beschwerdebriefe bei den kommunalen Verwaltungen ein, um deren Arbeitsbelastung zu steigern.

Die Ablehnung von Demokratie ist ein Kernelement der Reichsideologie. Reichsideolog_innen verfügen in weiten Teilen über ein antisemitisch geprägtes Weltbild, welches sie unter anderem durch Verharmlosung beziehungsweise Leugnung der Shoah offenbaren.



Reichsbürgeraktivitäten in OWL – Die »Justiz-Opfer-Hilfe NRW«

Ein plakatives Beispiel stellt die »Justiz-Opfer-Hilfe NRW« (JOH) dar. Dieser Verein machte im Juli 2012 in Löhne im Kreis Herford durch eine öffentlichkeitswirksame Aktion auf sich aufmerksam: Er mietete mitten im Stadtzentrum Räumlichkeiten an und eröffnete dort die sogenannte »Botschaft Germanitien«. Die Räumlichkeiten dienten als Vereinssitz. Darüber hinaus wurden dort Schulungen im Sinne der Reichsideologie durchgeführt.

Im September 2012 wurde die »Botschaft Germanitien« von Polizei und Staatsschutz durchsucht. Anlass dafür war, dass ein Detmolder Richter und eine Justizangestellte auf der damaligen Homepage der Justiz-Opfer-Hilfe als »Hochverräter« und »Volksverhetzer« verunglimpft worden waren. Wenig später wurde das »JOH«-Vorstandsmitglied Jürgen Niemeyer festgenommen. Gegen ihn lag ein Haftbefehl vor, weil er Falschgeld in Umlauf gebracht hatte. Niemeyer gilt gemeinsam mit Axel Thiesmeier als einer der führenden Köpfe der Vereinigung.

Ein Blick in die Biographien der beiden offenbart die tiefe Verbundenheit zwischen der Anhängerschaft der Reichsideologie und der extrem rechten Szene: Niemeyer war Kreisvorsitzender der NPD in Herford, hatte seinen Wohnsitz eine Zeitlang im inzwischen verbotenen »Collegium Humanum« in Vlotho und nahm im Jahre 2006 an einer internationalen Holocaustleugner-Konferenz in Teheran teil. Sein Mitstreiter Thiesmeier war Referent und Mitarbeiter im »Collegium Humanum« und dort für die Gestaltung der Homepage zuständig, auf der ebenfalls regelmäßig die Shoah geleugnet wurde.

Es ist vor allem dem Löhner Bündnis »Gemeinsam für Vielfalt – Löhne gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus« zu verdanken, dass sich die »Justiz-Opfer-Hilfe« und die »Botschaft Germanitien« in Löhne nicht dauerhaft halten konnten.

Das Bündnis organisierte zahlreiche Informationsveranstaltungen und Protestaktionen, die die Aktivitäten der Reichsideolog_innen in den Blick nahmen. Auf die »JOH« wurde zunehmend politischer Druck aufgebaut. Unter anderem verabschiedete der Rat der Stadt Löhne auf Initiative des Löhner Bündnisses eine Resolution gegen Faschismus, Neonazismus und Antisemitismus.

Das zwischenzeitliche »Aus« für die »Botschaft Germanitien« in Löhne ist jedoch auch auf ein hausgemachtes Problem der »Justiz-Opfer-Hilfe« zurückzuführen: Aufgrund ausstehender Steuerschulden wurde das Gebäude der »Botschaft« im Herbst 2015 zwangsversteigert.

Trotz Auflösung der »Botschaft Germanitien« existiert der Verein »Justiz-Opfer-Hilfe« weiter. Die Vereinshomepage wird regelmäßig aktualisiert, und im Herbst 2015 mietete ein Vorstandsmitglied der »JOH« erneut Räumlichkeiten in Löhne an. Es ist also davon auszugehen, dass die Mitglieder der »JOH« weiterhin im Sinne der Reichsideologie aktiv sein werden.

Jürgen Justaviz und die »Germanitenpartei«

Wegen Verdachts auf Volksverhetzung führte die Polizei im August 2013 in Vlotho bei dem Reichsideologen und zeitweiligen »JOH«-Aktivisten Jürgen Justaviz eine Hausdurchsuchung durch. Justaviz ist Betreiber der Homepage »Die »Germanitenpartei«, auf der er sich antisemitisch äußert und die Shoah verharmlost. Im Mai 2013 verbreitete er in einem Rundschreiben einen »Plan« zur »Rettung Deutschlands«. Darin schlug er vor, ein »Kopfgeld« auf »jeden toten Juden« auszusetzen. Wörtlich schrieb er:

»Alle Juden müssen vernichtet werden, keiner darf übrig bleiben, ansonsten wird sich die Geschichte wiederholen! [...] Die Juden werden die Welt vernichten, denn es liegt in deren Natur, alles zu zerstören, was andere aufgebaut haben. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir uns zusammenschließen und das jüdische Volk komplett vernichten! [...] Mit freundlichen Grüßen, Jürgen Justaviz.«

Aus dem Zitat spricht ein unbedingter Vernichtungswille. Aus der Position des »Wissenden« leitet Justaviz mörderische politische Forderungen ab. Hier wird das den Verschwörungstheorien innewohnende Gefahrenpotenzial in einer extremen Form deutlich.

Versuchter Waffenkauf im »Freistaat Preußen«

Andere Aktivist_innen der Reichsbürgerbewegung gehen noch weiter. Im Frühjahr 2016 musste sich ein Mitglied des sogenannten »Freistaats Preußen« aus Borgentreich in der Nähe von Warburg wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vor dem Paderborner Landgericht verantworten. Der Mann hatte Ende 2014 über einen belgischen Waffenhändler versucht, ein Schnellfeuer-Maschinengewehr zu erwerben. Als Legitimitätsnachweis hatte der Mann dem Waffenhändler einen »Staatsangehörigkeitsausweis« und einen »Waffenschein« des »Freistaates Preußen« vorgelegt. Der Waffenhändler informierte daraufhin die Polizei. Die Verhandlung endete allerdings mit einem Freispruch, eine strafbare Handlung wollte das Gericht nicht erkannt haben.

Verschwörungstheorien nicht verharmlosen

Auch wenn der Glaube an Verschwörungstheorien mitunter befremdlich oder lächerlich erscheinen mag, darf dies nicht dazu führen, die Szene zu verharmlosen. Wie die angeführten Beispiele belegen, fungiert die Szene als Sammelbecken und ideologische Anlaufstelle für verschiedene extrem rechte oder antisemitische Strömungen. Die Anhänger_innen dieser Szene zeigen nicht nur eine große Bereitschaft, ihre Ideologien praktisch umzusetzen, sie weisen dabei auch ein hohes Gewaltpotenzial auf.

HETZE, PROPAGANDA UND GEWALT

Rechtsruck in der Gesellschaft

Ende August 2015 ereigneten sich rund um den Keleti-Bahnhof in der ungarischen Hauptstadt Budapest schreckliche Szenen. Hier hatten sich über Wochen bis zu 3.000 Geflüchtete, zum großen Teil aus Syrien, eingefunden. Unter menschenunwürdigen Bedingungen campierten sie auf dem Bahnhofsvorplatz und im Untergeschoss des Gebäudes. Die Geflüchteten verlangten von den Behörden, über Österreich nach Deutschland weiterreisen zu dürfen. Absprachen zwischen den Regierungen der beteiligten europäischen Länder ermöglichten es schließlich, dass dem Wunsch stattgegeben wurde.

Die Bilder der am Münchener Hauptbahnhof ankommenden Menschen, die mit Applaus, Blumen und Geschenken empfangen wurden, gingen um die Welt. Die Züge aus Ungarn lösten in der bayerischen Landeshauptstadt eine große Hilfsbereitschaft aus. Viele Menschen spendeten Lebensmittel, Kleidung und andere Bedarfsgegenstände. Dieser Empfang der Geflüchteten in München steht sinnbildlich für die »Willkommenskultur« in Deutschland.

Ähnlich richtungweisend erscheinen im Rückblick auch die Ereignisse rund um die Silvesternacht 2015/16. In Köln und anderen deutschen Städten kam es zu Ausschreitungen, organisiertem Diebstahl und sexueller Gewalt gegen Frauen. Der Übergriffe beschuldigt wurden insbesondere Menschen aus nordafrikanischen Ländern.

Willkommenskultur in den Hintegrund gedrängt

Inzwischen ist klar, dass die »Silvester-Ereignisse« eine Zäsur darstellten. In der Folgezeit wurde die Willkommenskultur in den Hintergrund gedrängt, und es entwickelte sich ein nachhaltiger gesellschaftlicher Rechtsruck, der Menschenverachtung und Diskriminierung in einer erschütternden Form sichtbar macht.

Der Beitrag möchte verdeutlichen, dass »Silvester 2015/16« weder Ursache noch Anfangspunkt dieser Entwicklung war. Rechtsextreme Einstellungen, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit hatten sich bereits in den Vorjahren und Vormonaten in beängstigender Weise formiert und institutionalisiert. Ausdruck hiervon waren das Aufkommen von »PEGIDA«, die Entwicklungen in der »Alternative für Deutschland« (AfD), Hetze im Internet und brutale Gewalt in Form von Angriffen und Brandanschlägen.

Im Kleinen vollzog sich diese Entwicklung auch in Ostwestfalen-Lippe. Auch hier kam es zu öffentlicher extrem rechter Mobilisierung, zur Formierung eines AfD-Bezirksverbands sowie zu gewaltförmigen Übergriffen und Brandanschlägen.

»PEGIDA«: Mobilisierung der Menschenverachtung

»PEGIDA« steht für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Dahinter verbirgt sich eine vielschichtige extrem rechte und rassistische öffentliche Protestbewegung, die sich im Verlauf des Jahres 2014 in der Bundesrepublik formierte.

In verschiedensten Städten bildeten sich Ableger, die auf ihren Kundgebungen und Demonstrationen aggressiv gegen die angebliche »Politikerwillkür«, gegen die »Kartellparteien« sowie vor allem gegen eine drohende »Überfremdung« durch den Islam, gegen Geflüchtete und gegen das Grundrecht auf Asyl agitierten. Ganz besonders richtete sich »PEGIDA« darüber hinaus gegen die Pressefreiheit und diffamierte die Medienlandschaft in der Bundesrepublik im Stil der nationalsozialistischen Propaganda als »Lügenpresse«. Auffällig war gerade in diesem Zusammenhang die hohe Gewaltbereitschaft der Beteiligten. Journalist_innen, die kritische Fragen stellten, wurden nicht nur brüsk abgewiesen, sondern angespuckt und geschlagen. Der Höhepunkt der »PEGIDA«-Aktivitäten war im Januar 2015 erreicht, als in Dresden mehr als 10.000 Menschen an einer Demonstration teilnahmen.

Abwertende und diskriminierende Haltungen unter der Bevölkerung lassen sich seit vielen Jahren im Rahmen sozialwissenschaftlicher Studien nachweisen. Das Neue an »PEGIDA« aber war, dass diese Strömung dem extrem rechten Einstellungspotential in der Bundesrepublik erstmals ein öffentliches Forum bot, das sich nicht ausdrücklich im Bereich des Neonazismus verortete. Auf diese Weise entwickelte sich eine noch nie dagewesene Mobilisierungsfähigkeit. Organisierte Neonazis und extrem rechte Hooligans – so muss hier angemerkt sein – beteiligten sich zwar von Beginn an bei »PEGIDA«, traten aber zunächst nicht unbedingt offen auf und prägten auch nicht in jedem Fall das öffentliche Erscheinungsbild der Aufzüge. Vielmehr äußerten sie sich getarnt als »Anwohner_innen« oder »besorgte Bürger_innen«, um so auf eine Radikalisierung hinzuwirken.

Die in Ostwestfalen-Lippe 2015 und 2016 unter der Bezeichnung »BIEGIDA« von dem aus dem Kreis Soest stammenden früheren Aktivist von »PRO-NRW«, Thomas Borgartz, organisierten »PEGIDA«-Demonstrationen fanden weder Anklang in der Bevölkerung, noch konnten sie eine breite Öffentlichkeit erreichen. Doch auch wenn es in Ostwestfalen-Lippe zu einem Scheitern von »PEGIDA« kam, führt dieses Projekt insgesamt eindrücklich vor Augen, dass die Themen »isla-



mischer Terrorismus«, Flucht und Asyl systematisch dazu eingesetzt werden, um Ängste zu schüren, Hass zu verbreiten und radikale Forderungen – etwa nach Abschiebung, Verboten oder härteren Strafen – in die Öffentlichkeit zu tragen. Insbesondere die Beschworung einer angeblichen von radikalisierten Muslimen ausgehenden Gefahr und die Hetze gegen Geflüchtete finden vielfach Gehör.

Extrem rechte Wortergreifung: Neonazis und die Mitte der Gesellschaft

Auch der militante Neonazismus versucht, die aufgeladene Stimmung um das Thema Flucht und Asyl und die Unterbringung von geflüchteten Menschen für sich zu nutzen. Zum Repertoire der Neonazis gehört inzwischen weit mehr als das Verbreiten platter Parolen und das Ausüben stumpfer Gewalt. Die Rede ist von den »Wortergreifungsstrategien«, die innerhalb der rechten Szene seit Jahren eingeübt wurden und häufig auch zu gewünschten Ergebnissen geführt haben. Dabei geht es darum, durch penetrantes Fragen, deplatzierte Bemerkungen und Provokationen, öffentliche Versammlungen oder Diskussionen zu stören, das Veranstaltungskonzept zu sabotieren und die Meinungsführung zu übernehmen. In den Jahren 2015 und 2016 mischten sich Aktivisten des ostwestfälischen Bezirksverbands der Partei »Die Rechte« in Herford,

Bielefeld und Gütersloh bei kommunalen Informationsveranstaltungen zur Einrichtung von Asylunterkünften unter die Teilnehmer_innen und versuchten, mithilfe der »Wortergreifung« die Vertreter_innen der Verwaltung als »unfähig« und »deutschfeindlich« zu diffamieren. Es zeigt sich hier deutlich, dass militante Neonazis mit ihrer Propaganda inzwischen gezielt den Weg in die Öffentlichkeit wählen. Auch in Ostwestfalen-Lippe blieb es nicht bei rassistischen

Demonstrationen, Flugblättern und Pöbeleien auf Informationsveranstaltungen. Seit Anfang 2015 kommt es verstärkt zu Beleidigungen, Drohungen und Gewalt gegen Geflüchtete, Angriffen und Brandanschlägen auf Unterkünfte für Geflüchtete, aber auch zu Übergriffen auf Initiativen und Einzelpersonen, die sich für Integration und für ein friedliches Miteinander engagieren. Polizeiliche Ermittlungen führten zu einer klaren Erkenntnis: Viele derjenigen, die sich an der Hetze beteiligen, Gewalt anwenden oder Feuer legen, wie etwa vier Brandstifter_innen, die in Porta Westfalica eine Unterkunft von Geflüchteten mit Molotow-Cocktails angegriffen haben, wurden zuvor nicht jahrelang in extrem rechten Szenen sozialisiert. Es sind Menschen aus der Mitte der Gesellschaft.

Die »Alternative für Deutschland« (AfD)

Die Radikalisierung findet ihren Ausdruck gleichermaßen in der Parteienpolitik. Hierfür steht der Aufstieg der »Alternative für Deutschland« (AfD). Die AfD wurde im Februar 2013 auf Initiative des Hamburger Wirtschaftsprofessors Bernd Lucke gegründet. Dieser Schritt bildete den Abschluss einer mehrjährigen Entwicklung, denn bereits in seiner Rolle als Wissenschaftler versuchte Lucke auf die Politik einzuwirken. Im Jahre 2005 unterzeichnete er beispielsweise gemeinsam mit anderen den sogenannten »Hamburger Appell«, in dem er für eine radikale Reduzierung der Arbeitskosten eintrat. 2010 gründete er ein Plenum von Wirtschaftswissenschaftlern, das sich als politischer Ratgeber für »nationale Ausnahmesituationen« empfahl.

Bis 2011 war Lucke CDU-Mitglied, verabschiedete sich jedoch aufgrund seiner Ablehnung der Euro-Rettungsschirme von den Christdemokraten. Die Einführung des Euro galt ihm als Kardinalfehler und motivierte ihn zur Gründung einer neuen Partei. Der Politikansatz der AfD war – und ist – ambivalent. Einerseits ist das Erscheinungsbild der Funktionäre elitär. Gleichmaßen werden populistische Forderungen erhoben und einfache Antworten formuliert. Das Auftreten ihrer Repräsentant_innen ist – trotz der aggressiven Angriffe gegen die »Lügenpresse« – im hohen Maße medienkompatibel und erzielt eine erhebliche Wirkung in die Breite. Das entwickelte sich so weit, dass die AfD in einigen Regionen Deutschlands tatsächlich zur Partei der »PEGIDA«-Bewegung wurde.

Im Juli 2015 kam es zu einer Spaltung: Lucke, der bis dato als politischer Rechtsaußen galt, wurde innerhalb seiner Partei auf dem rechten Flügel überholt, gestürzt und durch die Sächsin Frauke Petri und den etwas weniger bekannten Jörg Meuthen aus Baden-Württemberg abgelöst.

Schon vor dem Bruch gelangen der AfD Wahlerfolge, so etwa bei der Bundestagswahl 2013, in der sie 4,7 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte. Im Jahre 2014 gelang der Einzug ins Europaparlament, und es folgten die Landtage von Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Endgültig im Parteiensystem angekommen war die Partei, als sie schließlich auch in Westdeutschland Landtagsmandate



in Herford, Bielefeld und Gütersloh bei kommunalen Informationsveranstaltungen zur Einrichtung von Asylunterkünften unter die Teilnehmer_innen und versuchten, mithilfe der »Wortergreifung« die Vertreter_innen der Verwaltung als »unfähig« und »deutschfeindlich« zu diffamieren. Es zeigt sich hier deutlich, dass militante Neonazis mit ihrer Propaganda inzwischen gezielt den Weg in die Öffentlichkeit wählen. Auch in Ostwestfalen-Lippe blieb es nicht bei rassistischen



Als »Erfurt des Westens« bezeichnete Höcke die Domstadt bei seiner Rede bei der AfD-Kundgebung am 13.05.2016 in Paderborn, bei der er die Politik der Bundesregierung als »fremdbestimmt« bezeichnet, gegen Einwanderung hetzt und stattdessen mehr Vaterlandsliebe fordert.

in Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg errang. Im Jahre 2016 setzten sich die Erfolge in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und Berlin fort. In Sachsen-Anhalt erzielte die AfD ihr bislang bestes Ergebnis mit 24,3 Prozent der Stimmen.

Leutselig

Auch in Ostwestfalen-Lippe existiert mit dem »Bezirksverband Detmold« eine Gliederung der »Alternative für Deutschland«. Dessen Mitglieder geben sich leutselig. So besuchte der Bezirksvorstand im September 2015 die Gedenkstätte Wewelsburg und legte dort einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nieder. Durch eine öffentliche Würdigung der Opfer beabsichtigte die AfD, sich plakativ von nationalsozialistischem Gedankengut zu distanzieren und sich als demokratisch und auf dem Boden des Grundgesetzes stehend zu inszenieren. Vor dem Hintergrund der Aktivitäten verschiedener führender Köpfe in der Region erscheint das öffentliche Gedenken jedoch als inhaltsloses Lippenbekenntnis. Die AfD in Ostwestfalen-Lippe befand sich bereits im Vorfeld der Parteispaltung auf einem Konfrontationskurs mit der Bundesführung unter Lucke und hat dessen Sturz offenbar mitbetrieben.

Als Sprecher des Bezirksverbands fungiert der Gütersloher Kreisvorsitzende Udo Hemmelgarn. Hemmelgarn trat 2015 durch die Mitveranstaltung des sogenannten »1. Alternativen Wissenskongresses« in Witten und ein Jahr darauf des »2. Alternativen Wissenskongresses« in Erscheinung.

Hierbei handelte es sich um eine Zusammenkunft mehrerer Hundert deutscher und internationaler Verschwörungstheoretiker_innen, die gemeinsam die angeblich dunklen Mächte der Politik, der Banken, der Medien und der »Political Correctness« anprangerten und eine Lanze für »PEGIDA« brachen. In diesen Zirkeln sind die Grenzen zum organisierten Rechtsextremismus fließend, und es existiert verdeckter und offener Antisemitismus. Lassen wir hier Hemmelgarn selbst sprechen. Es gehe ihm darum, mit einer derartigen Veranstaltung »zur politischen Kultur beizutragen und Andersdenkende zu Wort kommen zu lassen [...] Wir treten für den offenen politischen Dialog ein, und dazu gehört es, dass man auch Referenten hört, deren Meinung nicht mit dem Mainstream übereinstimmt.«

Die Selbstbezeichnung als »Andersdenkende« wird in der extrem rechten Szene regelmäßig genutzt. Durch das demonstrative Abweichen vom angeblichen Mainstream wird einerseits eine Rolle als »Opfer« eingenommen und zugleich ein Anspruch als Elite formuliert. Die gleichzeitige Selbstwahrnehmung und -inszenierung als »Verfolgte« und als »Vorreiter neuer Ideen« funktioniert als ein selbstreferentielles System. Das Einwirken von außen – etwa durch eine Ansprache, durch das Strafrecht oder durch politische Stimmungsmache – verstärkt diese Opferhaltung und bestätigt zugleich das Elite-Denken. Die politische, juristische, pädagogische oder zivilgesellschaftliche Intervention wird so in das Weltbild eingebaut und bestärkt damit die Haltung. Ein anderer Aktivist der regionalen AfD ist Hans-Ulrich Kalb aus Herford. Kalb war 2008 zum stellvertretenden



Vorsitzenden und Schatzmeister des Bezirksverbandes der rechtsextremen und muslimfeindlichen Partei Pro-NRW in Ostwestfalen-Lippe gewählt worden. Inzwischen ist er als Beisitzer im AfD-Bezirksvorstand tätig. Als politisches Credo formulierte Kalb, es gehe ihm um »eine zügige Abschiebung bzw. Ausweisung ausländischer Gesetzesbrecher«. Und er spricht vom fehlenden »Stolz auf unsere eigene deutsche Geschichte«, der die »vielfach verloren gegangenen Werte und Normen unserer christlich-abendländischen Kultur« fördere und festige. Derartige Äußerungen deuten auf einen tief verinnerlichten Rassismus.

Noch weiter geht der 1964 geborene Marcus Pretzell, der eine bemerkenswerte Karriere in der AfD hinlegen konnte. Pretzell war zunächst Mitglied der FDP und trat 2013 der AfD bei. Er wurde zum ersten Sprecher des Kreisverbands Bielefeld gewählt, im März 2014 als Beisitzer in den Bundesvorstand, kurz darauf ins Europaparlament, und einen Monat später übernahm er den NRW-Landesvorsitz. Im Fall eines gewaltsamen Grenzübertritts von Geflüchteten hält Pretzell den Gebrauch von Schusswaffen für gerechtfertigt. »Die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio«, so äußerte er gegenüber der Deutschen Presseagentur, »ist eine Selbstverständlichkeit«. Er glaube aber nicht, dass der Waffeneinsatz notwendig sei, weil es eine »ganze Reihe von anderen Möglichkeiten« gebe wie etwa Polizeipräsenz, Wasserwerfer oder Tränengas.

Das Zitat deutet darauf hin, dass die AfD sich von einer Anti-Euro-Partei zu einer tief rassistischen Gruppierung radikalisiert und ihren Schwerpunkt auf die Themen Flucht und Asyl verlagert hat. Die Menschenverachtung, die aus diesen Sätzen spricht, schockiert, denn auch wenn der Autor seine Aussagen relativieren muss, werden hier im Kern Tötungsphantasien verhandelt.

Bemerkenswert ist, dass der Mindener Rechtsanwalt Thomas Röckermann, der als Strafverteidiger von Neonazis auftritt, im Sommer 2016 versuchte, Pretzell den Landesvorsitz NRW streitig zu machen und sein Vorhaben mit Antisemitismus-Vorwürfen gegen seinen Kontrahenten begründete. Als Forum hierfür nutzte er allerdings die klar antisemitisch orientierte Publikation »Compact«. Es ist nicht die einzige Kooperation mit dem verschwörungstheoretischen Magazin von Jürgen Elsässer. Gemeinsam mit »Compact« organisierte die Partei Ende August 2016 im Bürgerhaus am Clara-Ernst-Platz in Lage eine Veranstaltung mit Dr. Christian Blex, Vorsitzender der AfD im Kreis Warendorf, der hier zum Thema »Energiewende – Zukunftstechnologie oder ökonomischer Unsinn?« referierte.

Öffentliche Agitation und Vernetzung

Die AfD in Ostwestfalen-Lippe geriert sich jedoch nicht nur als Gruppe biederer Saubermänner, sondern tritt auch als rassistisch motivierter Lautsprecher in Erscheinung. Ein Beispiel ist das Versenden eines Hetzbriefs an regionale Mandatsträger_innen im Oktober 2015. In diesem Brief wurde vor Menschen gewarnt, »die einem uns völlig fremden Kulturkreis entstammen und zudem oftmals nicht gewillt

sind, sich unseren Regeln und Gesetzen unterzuordnen«. Migrant_innen und Geflüchtete wurden darin mit »exorbitant gestiegenen Fällen von Gewalt, mannigfaltiger Vergewaltigung, Missbrauch von Kindern, sexuellen Übergriffen, erzwungener Prostitution, Überfällen, Krawallen, Massenschlägereien, Diebstahl, Vandalismus [...] sowie der Gefahr potenziell mitgereister Terroristen, Dschihadisten, IS-Kämpfer« in Verbindung gebracht, und es wurde das Szenario des drohenden Bürgerkriegs in Deutschland beschworen. Mitunterzeichner ist ein Sparkassenangestellter aus Vlotho als stellvertretender Sprecher des Bezirksverbands. Bei der inhaltlichen Ausrichtung der AfD in OWL ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass keinerlei Berührungspunkte gegenüber der extremen Rechten bestehen und an den Demonstrationen und Kundgebungen der AfD immer wieder bekannte Aktivisten der militanten Neonaziszene teilnehmen.

Rechtsruck in der Gesellschaft

Die »Willkommenskultur« des Jahres 2015 ist inzwischen klar überlagert worden von Menschenverachtung, Rassismus und extrem rechter Hetze. Es ist offensichtlich, dass es extrem rechten Akteuren wie »PEGIDA« und der AfD derzeit gelingt, über die Themen Islam, Flucht und Asyl weite Teile der Bevölkerung zu erreichen und zum politischen Handeln zu motivieren.

Neu daran ist nicht, dass ein Teil der Menschen in der BRD für Rechtsextremismus und Rassismus empfänglich ist, sondern dass es vielfältige Foren und Institutionen gibt, die derartigen Haltungen Möglichkeiten der Artikulation bieten. In erster Linie muss hier inzwischen die AfD genannt werden. Menschenverachtung, aggressive Forderungen und dumpfer Hass können unter dem Deckmantel des Parteienprivilegs geäußert werden und erfahren, wie die Wahlergebnisse zeigen, große Zustimmung.

Eine Folge besteht darin, dass Menschen zum Handeln motiviert werden. Die große Anzahl an Übergriffen und Brandstiftungen seit 2015 dürfte nicht zuletzt mit der Stimmungsmache durch »PEGIDA« und Co. in Verbindung stehen. Gleichmaßen ist festzustellen, dass die Forderungen von »PEGIDA« und AfD auch im Bereich der etablierten demokratischen Parteien Widerhall finden. Das Kalkül besteht darin, die Forderungen anteilig zu übernehmen, um verlorene Wahlstimmen zurückzugewinnen. Das Ergebnis ist unter anderem die Verschärfung des Asylrechts oder die Forderung nach der Einschränkung religiöser Praktiken in der Öffentlichkeit. In seiner Summe ist das alles zweifellos als »gesellschaftlicher Rechtsruck« zu fassen.

Es gibt viele Beispiele für Initiativen und Bündnisse, in denen sich Menschen zusammenfinden, um menschenverachtende Einstellungen, Diskriminierung und Ausgrenzung in der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Mit hohem ehrenamtlichem Engagement versuchen sie, aufzuklären und andere Menschen zum Handeln zu ermutigen. Damit setzen sie sich für Menschlichkeit und Solidarität, für Vielfalt und Zivilcourage, für ein Leben ohne Rassismus, Intoleranz, Ausgrenzung und Diskriminierung ein. Im Folgenden werden Beispiele dafür gegeben, wie sich Bürger_innen in Ostwestfalen-Lippe in ihrem nahen Umfeld für die Ausgestaltung ihres Gemeinwesens engagieren.

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, Rassismus und anderen Erscheinungsformen von Diskriminierung findet auf ganz unterschiedlichen Ebenen statt. Die Menschen tun dies in Arbeitskontexten oder in ihrer Freizeit. Sie organisieren sich in festen Gruppen oder in offeneren Zusammenhängen, arbeiten punktuell oder dauerhaft zu dem Thema. Ihr Engagement gegen Rassismus und gegen Rechts ist ein wichtiger Beitrag für eine gerechte und solidarische Gesellschaft.

Bei »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.« handelt es sich um eine kleine Gruppe Bielefelder_innen, die seit Jahren kontinuierlich Informationen sammeln und auswerten. Darüber hinaus erarbeiten sie Vorträge und Seminarreihen und sind als Expert_innen für das Thema »Extreme Rechte« inzwischen bundesweit nachgefragt. Die erfolgreiche Arbeit der »Initiative gegen die Neonazis der Road Crew OWL« führt vor Augen, wie es Anwohner_innen und Aktivist_innen innerhalb kurzer Zeit in einer großen und vielfältigen Gruppe gelungen ist, sich gemeinsam gegen einen Neonazitreffpunkt in der Nachbarschaft zu wehren. Die JXK und YXK hingegen arbeiten als Studierende an der Universität vorrangig zum Thema »Kurdistan«, sind zunehmend aber mit türkisch-nationalistischen Akteur_innen konfrontiert und versuchen, schon länger bestehende Bündnisse gegen Rechts für das Thema »Türkischer Nationalismus« zu sensibilisieren.

Die Beispiele stehen stellvertretend auch für diejenigen, auf die aus Platzgründen nicht detaillierter eingegangen werden kann, wie für das Bielefelder Bündnis gegen Rechts, Minden gegen Rechts, Minden für Demokratie und Vielfalt, das Bündnis gegen Rechts im Kreis Herford, Gemeinsam für Vielfalt – Löhne gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, das Bündnis gegen Rechts Paderborn, das Antifaschistische Kreisplenum Gütersloh, das Vlothoer Bündnis »Gemeinsam gegen das Collegium Humanum« und viele weitere.

INITIATIVEN UND NETZWERKE GEGEN DIE EXTREME RECHTE



»GENAUE ANALYSI

Im Gespräch mit »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.«

Argumente & Kultur gegen rechts e.V.
Postfach 102948 | 33529 Bielefeld
info@argumente-und-kultur.org

www.argumente-und-kultur.org

argumente & kultur
gegen rechts

Wie kam es zu Gründung des Vereins

»Argumente und Kultur gegen rechts e.V.«?

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung war ein deutlicher gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck in Deutschland spürbar. Zum einen gab es einen beängstigenden »Hurra-Patriotismus«, und gleichzeitig erlebten wir einen verstärkt auftretenden militanten Neonazismus. Vor dem Hintergrund der Anschläge und Pogrome in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen gründeten politisch aktive Menschen 1993 den Verein »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.«.

Wie sieht die Arbeit des Vereins aus?

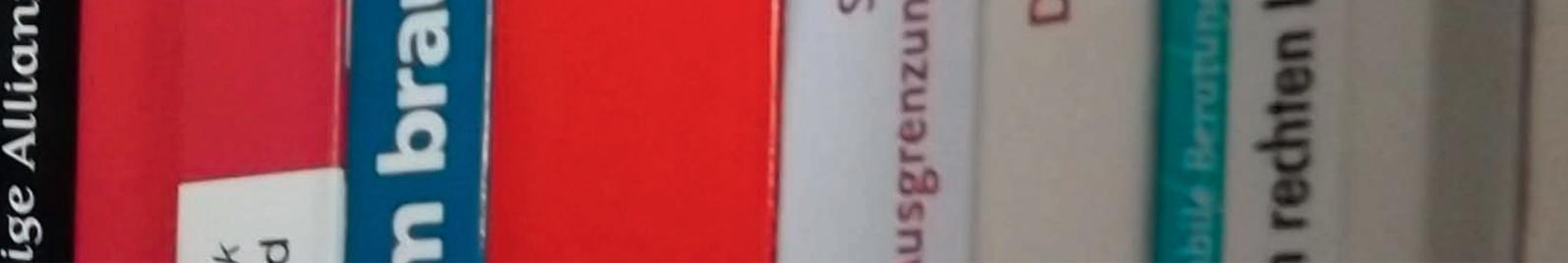
Die Arbeit des Vereins ist vielfältig. Als Kernaufgabe betrachten wir die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erscheinungsformen der extremen Rechten. Wir dokumentieren Aktionen und Veranstaltungen und analysieren die Publikationen der Szene. Wir versuchen möglichst breit angelegt zu schauen und beschäftigen uns beispielsweise mit Burschenschaften, rechten Parteien, der sogenannten Neuen Rechten oder mit extrem rechten Jugendkulturen. Die Erkenntnisse nutzen wir als Grundlage für Bildungsarbeit in Form von Seminaren und Vorträgen. Darüber hinaus sind wir auch als Autor_innen tätig. So erscheinen regelmäßig Artikel von uns in antifaschistischen Zeitschriften, und wir waren an der Erstellung von Handreichungen und Arbeitsmaterialien beispielsweise zu Schulhof-CDs der NPD, neonazistischer Jugend- und Musikkultur oder der extremen Rechten in Ostwestfalen beteiligt. Anfang des Jahres 2016 haben wir auch Arbeitsmaterialien gegen Rassismus und Antisemitismus veröffentlicht.

An wen richten sich eure Bildungsangebote?

Eigentlich möchten wir alle erreichen, die sich kritisch mit der extremen Rechten und mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen wollen. Wir machen immer noch Seminare für Jugendliche oder Menschen, die sich gerade für das Thema interessieren. Da wir aber nur wenige Kapazitäten haben konzentrieren wir uns darauf, Materialien und Konzepte zu erstellen und diese dann in Seminaren und Vorträgen an Multiplikator_innen weiter zu geben. Das sind dann Personen aus zivilgesellschaftlichen Bündnissen, der antifaschistischen Bewegung und aus den Gewerkschaften, aber auch Sozialarbeiter_innen, Lehrer_innen und Behördenmitarbeiter_innen.

Mit welchen Kooperationspartner_innen arbeitet ihr zusammen?

Enge Kontakte pflegen wir zu engagierten Menschen aus lokalen antifaschistischen Initiativen und Bündnissen. Wir stehen im Austausch mit Fach-



EN ERMÖGLICHEN«

journalist_innen und Wissenschaftler_innen und sind mit anderen Gruppen vernetzt. Enge Kontakte bestehen etwa zum »Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum« (Apabiz) in Berlin oder der »Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle« (A.I.D.A) in München. Wir haben aber auch schon mit dem DGB zusammengearbeitet oder für die Bundeszentrale für politische Bildung.

Zum Verein »Argumente und Kultur gegen rechts e.V.« gehört auch ein Archiv. Was sammelt ihr in dem Archiv?

In dem Archiv sammeln wir vor allem Publikationen der extremen Rechten. Das erstreckt sich von Musik-Fanzines aus der Jugendkultur über Flugblätter aus dem Bereich des militanten Neonazismus bis hin zu rechtsintellektuellen Zeitschriften. Im Laufe der Jahre ist das Archiv immer weiter gewachsen. Inzwischen füllen Zeitschriften, Bücher und Tonträger circa dreihundert Regalmeter. Die umfangreiche Materialsammlung ermöglicht sehr genaue Analysen.

Ihr beobachtet und dokumentiert die Entwicklung der extremen Rechten in der Region seit Jahrzehnten. Was hat sich in den letzten Jahren verändert?

Wir stellen fest, dass sich die Szene einerseits laufend verändert, aber auch, dass es Kontinuitäten gibt. In OWL existieren beispielsweise extrem rechte Protagonist_innen, die zum Teil über Generationen in kleinen Kulturorganisationen zusammengeschlossen sind und kaum an die Öffentlichkeit treten. Dies im Blick zu behalten ist eine besondere Qualität unserer Recherchen.

Zum militanten Neonazismus lässt sich sagen, dass er sich lange eher in sogenannten Freien Kameradschaften organisierte, dass in den letzten Jahren mit den Parteien »Die Rechte« und »Der III. Weg« aber neue Organisationen entstanden sind.

Wo seht ihr die größte Herausforderung im Kampf gegen die extreme Rechte?

Es greift zu kurz, die extreme Rechte isoliert zu betrachten. Rassismus, Antisemitismus und andere extrem rechte Ideologiefragmente finden sich in weiten Teilen der Gesellschaft. Genau da müssen wir ansetzen und auf die daraus resultierenden Gefahren hinweisen. Wir müssen gesellschaftlichen Rassismus aufzeigen und die Diskussion über humanistische Werte fördern.

Sehr wichtig finden wir auch die Auseinandersetzung mit der »Alternative für Deutschland« (AfD). Uns geht es hier um eine differenzierte Diskussion über die AfD. Einerseits muss die reale Gefahr, die von ihr ausgeht, thematisiert werden. Gleichzeitig braucht es aber viel genauere Analysen, denn pauschale Aussagen helfen nicht weiter.

»WICHTIG IST, ÖFFENTL

Interview mit der Initiative gegen Neonazis der Road Crew OWL

info@initiative-gegen-rc-owl.de

www.initiative-gegen-rc-owl.de

Die »Initiative gegen Neonazis der Road Crew OWL« hat einen Vortrag zur Road Crew erarbeitet und bietet an, diesen in der Region bei Interessierten zu halten.

Als Ende 2014 bekannt wurde, dass die Road Crew OWL den Bahnhof Ehlenbruch in Lage-Kachtenhausen gekauft und Neonazis sich dort einen Treffpunkt eingerichtet hatten, gründete sich die »Initiative gegen Neonazis im Bahnhof Ehlenbruch«. Auch nachdem die Road Crew (RC) im Spätsommer 2015 ihr Clubhaus wieder verkauft hat, ist die Initiative weiter aktiv – inzwischen als »Initiative gegen Neonazis der Road Crew OWL«. Wir sprachen mit Michael und Luisa.

Was war der Anlass, dass ihr als Initiative aktiv wurdet?

Luisa: Die Initiative entstand als Reaktion auf einen Presseartikel, der im Oktober 2014 in der Lippischen Landes-Zeitung erschien. Der Artikel berichtete, dass die Neonazis der RC sich in Lage-Kachtenhausen einen Stützpunkt eingerichtet hatten. Wir haben da für uns gesagt: »Da müssen wir was machen!«

Wie kam es zur Gründung der Initiative?

L. Nachdem die Information über den Kauf des Bahnhofs bekannt geworden war, begannen sich mehrere Gruppen und Einzelpersonen mit der RC zu beschäftigen. Daraus entwickelte sich dann die Initiative. Unser Ziel war es, vor Ort aktiv zu werden und die Personen im Ort einzubeziehen. Nach einer großen Veranstaltung im Gemeindehaus, an der ca. 200 Leute aus Kachtenhausen und der näheren Umgebung teilnahmen, beteiligten sich viele Anwohner_innen und Personen aus dem Ort an den Treffen der Initiative.

Michael: Von Anfang an bestand Kontakt zur »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus«, die uns beraten und in unserer Arbeit unterstützt hat. Sie vermittelte auch Kontakt zu Expert_innen. So konnten wir auf Material und Erkenntnisse zurückgreifen, da die RC in der Vergangenheit bereits vorübergehend einen Treffpunkt in Lage-Billinghausen nutzte.

Welche Bedeutung hatte der Bahnhof Ehlenbruch für die Neonaziszene in OWL?

L. Das Clubhaus der RC stellte einen Anlaufpunkt für die Neonazis in Ostwestfalen-Lippe dar. Dort sind alle hingekommen, Neonazikader aus verschiedenen Bereichen wie der NPD oder der Partei »Der »III. Weg« und Personen aus dem völkischen Lager. Zudem hat die RC gute freundschaftliche Kontakte und personelle Überschneidungen in den Rechtsrockbereich. In dem Gebäude fanden auch Rechtsrockkonzerte statt. Doch nicht nur organisierte Rechte nutzten den Ort. Kontakte bestehen auch in die Hooliganzene und über die »Freeway Riders« ins Rockermilieu.

Wie sah die Arbeit eurer Initiative aus?

M. Vor allem haben wir Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Wir haben Flyer erstellt und diese an Haustüren, auf Infoständen oder bei Veranstaltungen verteilt. Wir haben mehrere Informationsveranstaltungen organisiert und mit der Presse zusammengearbeitet. Auch das WDR-Fernsehen hat über eine unserer Veranstaltungen und über die RC berichtet. Darüber hinaus haben wir über die RC recherchiert und kontinuierlich die Aktivitäten am Bahnhof beobachtet und dokumentiert.



ICHKEIT ZU SCHAFFEN«

Wie hat die Road Crew darauf reagiert?

M. Die RC hat irgendwann Sichtzäune aufgebaut. Die Beobachtung hat trotzdem geklappt.

Was gab es für Schwierigkeiten?

M. Da sich die RC vor Ort recht ruhig verhalten hat, der Bahnhof gepflegt wurde, dort keine Fahne gehisst oder Parolen gebrüllt wurden, hatten wir die Befürchtung, dass Anwohner_innen oder Leute aus dem Dorf sagen: »Die machen ja nichts, wo ist also das Problem?« Aber die Neonazis, die dort ein- und ausgegangen sind, haben sich dort organisiert und sind bundesweit aktiv. Das war nicht immer einfach zu vermitteln.

L. Gerade zu Anfang hätten wir uns eine größere Sensibilität und mehr Unterstützung von Seiten der Stadtpolitik gewünscht.

Was habt ihr mit eurer Arbeit konkret erreicht?

L. Wir haben erreicht, dass sich die Politik mit der RC auseinandersetzt. Und der Staatsschutz musste seine Einschätzung über die RC revidieren. Die hatten zunächst gesagt, das sei keine rechte Gruppierung. Dank unserer Arbeit mussten die das öffentlich zurücknehmen.

M. Vor der Gründung der Initiative war die RC aktiver, hat beispielsweise Fußballturniere in der Region organisiert. Das machen sie jetzt nicht mehr. Die RC kann das Clubhaus nicht mehr nutzen und musste es ohne Gewinn verkaufen. Das ist ein großer Erfolg. Das heißt aber nicht, dass es die Gruppe nicht mehr gibt.

Auch nach dem Auszug der Road Crew wollt ihr aktiv bleiben. Wie geht es weiter?

L. Wir beschäftigen uns weiter mit der Road Crew OWL, aber auch mit anderen rechten Gruppierungen und Aktionen in der Region. Nach wie vor beteiligen sich Personen aus unterschiedlichen Bereichen an der Initiative, und auch Nachbar_innen des ehemaligen Bahnhofs kommen regelmäßig zu den Treffen.

M. Stimmt, Nachbar_innen machen immer noch mit. Obwohl das Problem vor ihrer Haustür jetzt ja weg ist. Personen, die vorher nichts mit dem Thema Neonazis zu tun hatten, beschäftigen sich weiterhin mit der Thematik und wollen aktiv gegen Nazis sein. Das ist toll, denn die RC wird bestimmt wieder irgendwo auftauchen.

Was habt ihr für Tipps für Initiativen oder Ortschaften, in denen Neonazis Fuß fassen wollen?

L. Wichtig ist, Öffentlichkeit zu schaffen, zu recherchieren und zu informieren. Die Strukturen, Aktivitäten und Personen öffentlich zu machen. Das macht die Neonazis nervös. Ein guter Draht zur lokalen Presse ist dabei sicher von Vorteil.

M. Wir haben viele Erfahrungen gesammelt und bieten an, Menschen in ähnlichen Situationen zu unterstützen. Es gibt viele verschiedene Wege, wie man Nazis vor Ort nerven kann. Dabei sollte man möglichst viele Leute mit ins Boot holen, gerade auch aus der direkten Nachbarschaft.

**Initiative
gegen
Neonazis
der Road Crew OWL**

»AUFDECKEN UND INPUT GEBEN«

Die YXK (Yekitiya Xwendekarên Kurdistan) ist der Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V., zusammen mit dem autonomen Frauen-Flügel der JXK (Jinên Xwendekarên Kurdistan) setzen sie sich seit 1991 mit der Situation der Kurden auseinander. Wir sprachen mit zwei Aktivist_innen über ihre Arbeit und türkisch nationalistische Gruppen an der Universität Bielefeld.

Im Gespräch mit dem YXK Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.

[www.facebook.com/
JXK-Bielefeld-
444394219082604/
bielefeld@yxkonline.de](http://www.facebook.com/JXK-Bielefeld-444394219082604/)



Wer ist die YXK und womit setzt ihr euch auseinander?

JXK. Die YXK ist basisdemokratisch organisiert, wir als Ortsgruppe Bielefeld legen unsere Schwerpunkte selbst. Wir wollen vor Ort den türkischen Faschismus und Nationalismus thematisieren, machen Kultur- und politische Bildungsarbeit und berichten über die kurdische Frage und den demokratischen Konföderalismus.

YXK. Zum Zeitpunkt der Angriffe auf Kobanê im Sommer 2014 waren kurdische Demonstrationen und Aktivitäten sehr stark in der Öffentlichkeit. Ein paar Monate später haben sich an der Universität drei nationalistische türkische Gruppierungen gegründet: die »Assoziation türkischer Akademiker« (ATA), die »Kulturvereinigung türkischstämmiger Studierender« (KulTürk) und DIWAN. Dadurch hat sich unsere antifaschistische Arbeit stark vermehrt, und wir setzen uns mit dem Nationalismus der Türkei, den »Grauen Wölfen« und Co., auseinander.

Was ist euer Ziel?

YXK. Wir wollen die Gruppen und die Menschen dahinter aufdecken, zeigen, was sie tun und was für nationalistisches Gedankengut sie tragen. KulTürk besteht größtenteils aus Personen der islamischen »Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung« (Adalet ve Kalkınma Partisi – AKP). ATA steht der »Kemalistischen Republikanischen Volkspartei« (Cumhuriyet Halk Partisi – CHP) nahe und hat auch öffentlich versucht, für die CHP und die »Partei der Nationalistischen Bewegung« (Milliyetçi Hareket Partisi – MHP) Wahlkampf zu betreiben. Die Gruppe DIWAN ist eher der »Millî-Görüş«-Bewegung (Bewegung Nationale Sicht) zuzuordnen und zudem antisemitisch.

Wie ordnet ihr diese Entwicklung ein?

YXK. Der Rechtsruck in Deutschland geht nicht nur von Biodeutschen aus. Er findet sich auch in den Migrantengemeinschaften. Ich habe zum Beispiel beim Fußball die Erfahrung gemacht, dass man bei Vereinen, die Kontakt zu ATIB oder DITIB haben, gefragt wird, woher man kommt. Als Kurde ist man da schnell ein Terrorist, und es wird versucht Druck auf einen auszuüben.

JXK. Man ist sich noch nicht darüber bewusst, dass die Ideologie deutscher und türkischer Nationalisten eigentlich die gleiche ist. In den Nachrichten wird manchmal von der türkischen »PEGIDA« gesprochen. Das drückt es sehr gut aus. Beide sprechen von der Lügenpresse und vertreten ein verschwörungstheoretisches und antisemitisches Weltbild. Auch der türkische Nationalismus hat Großmachtfantasien. Gewünscht ist ein pluralistisches Reich, das bis nach China reicht und alle Turkvölker vereinigt.

Gibt es auch Unterschiede?

JXK. Im Unterschied zum deutschen Nationalismus ist im türkischen der biologische Rassismus nicht so stark ausgeprägt. Da ist es eher eine national-islamische Synthese. Auch der Kurde kann Türke sein, wenn er muslimischen Glaubens ist und seine kurdische Identität leugnet. Im türkischen Nationalismus ist eher ein kultureller als ein biologischer Rassismus verankert.

Gibt es Konfrontationen mit türkischen Nationalisten in Bielefeld?

JXK. Der Einfluss auf die Migrant*innencommunity ist groß, Menschen werden eingeschüchert und verfolgt. Wir wurden in der Öffentlichkeit abfotografiert. Und wenn wir jetzt sehen, dass in der Türkei schwarze Listen geführt werden, kann man sich gut vorstellen, was mit den Fotos passiert. Viele von uns haben Verwandte in der Türkei. Unsere Arbeit kann bei Besuchen oder auch für die Verwandten zu großen Problemen führen.

Gab es auch Konfrontationen mit deutschen Rechten?

JXK. Es gab eine Konfrontation mit einer Person, die auch bei »BIEGIDA«-Demos dabei ist. Er hat ein Mitglied von der JXK in der Unihalle beleidigt.

2016 hattet ihr zu einer Veranstaltung zu türkischem Nationalismus in der BRD eingeladen.

JXK. Vor der Wahl des Studierendenparlaments wollten wir die Uni sensibilisieren und einen Input zur Ideologie des türkischen Nationalismus und der Grauen Wölfe geben. Und darauf aufmerksam machen, dass Personen aus diesem Spektrum bei der Wahl auf nichtssagenden, sogenannten U-Boot-Listen kandidieren.

YXK. Bei der Veranstaltung wurde auch ein Interview von Radio Hertz abgespielt, bei dem die Gruppe KulTürk offen zugegeben hat, dass sie vom türkischen Staat finanziert wird, und türkische Nationalisten, sprich MHP und Graue Wölfe, in ihren Reihen hat. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, und die U-Boot-Listen sind letztlich nicht ins StuPa eingezogen.

Was wünscht ihr euch im Umgang mit türkischem Nationalismus?

JXK. Ich würde mir wünschen, dass das Rektorat mehr Kante zeigt. Es weiß ja eigentlich über die Situation Bescheid. Es ist wichtig, da ein Signal zu setzen. Aber auch außerhalb der Uni bestehen nationalistische und rechte türkische Gruppen, die auch in Bielefeld aktiv sind.

YXK. Gerade bei bürgerlichen Gruppen oder Bündnissen, die sich mit deutschen Rechten beschäftigen, sehe ich das Problem, dass sie sich beim Thema türkische Rechte nicht trauen, sich zu positionieren. An der Uni ist aufgefallen, dass rechte Parolen keinen Platz haben, wenn deutsche linke Gruppen und migrantische Gruppen gemeinsam auftreten. Wir wünschen uns, dass die antifaschistische Arbeit auf türkischen Nationalismus ausgeweitet und dieser als ein Bestandteil eines Rechtsrucks in Deutschland angesehen wird.



INITIATIVEN ZUM THEMA INITIATIVEN ZUM THEMA RASSISMUS UND ASYL.

Rassistische Einstellungen, Vorurteile und Abwertung von Minderheiten finden sich in allen Teilen der Gesellschaft: in Schulbüchern, bei Familienfeiern, im Fußballstadion, in den Medien, auf der Arbeit und an den Stammtischen. Der in der Broschüre bereits dargestellte »gesellschaftliche Rechtsruck«, durch die Stimmungsmache von »PEGIDA« und AfD befeuert, richtet sich vor allem auf die Themen Islam, Flucht und Asyl. Über diese Themen schüren extrem rechte und rechtspopulistische Akteur_innen Ängste und verbreiten ihren Hass. Dieser Hass äußert sich in menschenverachtenden und diskriminierenden Äußerungen und Forderungen auf der Straße, in den Medien und im Alltag. Er gipfelt in Gewalt gegen Geflüchtete und gegen Initiativen und Einzelpersonen, die sich für Integration und für Willkommenskultur einsetzen.

Rassistische und diskriminierende Handlungen gehen aber nicht nur von Einzelpersonen oder rechten Gruppierungen aus. Auch die Ungleichbehandlung durch demokratisch legitimierte Organisationen, Institutionen oder Rechtsnormen reproduziert Formen von Diskriminierung und Rassismus. Dieser strukturelle oder institutionelle Rassismus trägt entscheidend dazu bei, dass Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Kultur oder Religion etwa bei ihrem Umgang mit Behörden oder in anderen alltäglichen Situationen benachteiligt werden. Eine »Wir«-Gruppe, beispielsweise Menschen mit einer deutschen oder anderen europäischen Staatsangehörigkeit, wird privilegiert. »Nicht-Dazugehörige«, zum Beispiel Menschen ohne eine solche Staatsangehörigkeit, werden dagegen systematisch benachteiligt und ausgegrenzt.

Mit dem »Arbeitskreis Asyl« und »Move and Resist« werden zwei Gruppen aus Bielefeld vorgestellt, die sich gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung insbesondere von Geflüchteten und illegalisierten Personen in OWL engagieren. Der »AK Asyl« hält verschiedene Beratungsangebote zum Aufenthalts- und Asylrecht vor und setzt sich darüber hinaus solidarisch mit Geflüchteten für deren Rechte ein.

»Move and Resist« ist ein Aktionsplenum gegen Ausgrenzung und Abschiebung. Dort organisieren sich geflüchtete und nichtgeflüchtete Menschen gemeinsam, sie führen Demonstrationen und Proteste, kreative Aktionen und Informationsveranstaltungen durch. Zudem dokumentieren sie die Situation von Geflüchteten in OWL und unterstützen Geflüchtete durch Übersetzungstätigkeiten oder beim Umgang mit Behörden. Über Kulturangebote und Sport fördert »Move and Resist« darüber hinaus soziale Kontakte und den politischen Austausch.

»MENSCHEN ZU IHREM RECHT VERHELFFEN«

Der »Arbeitskreis Asyl e.V.« berät Geflüchtete, die auf die Verletzung von Rechten, Sicherheit und Menschenwürde durch staatliche Einrichtungen aufmerksam macht. Der Verein kämpft mit Betroffenen solidarisch und auf politischer Ebene für die Durchsetzung eines würdevollen Lebens. Wir sprachen mit Sophia und Hendrik.

Wie ist der AK Asyl entstanden?

Hendrik: Der AK Asyl wurde am 3. Oktober 2006 als eigenständiger Verein gegründet und startete am Jahresanfang 2007 mit der Beratung für Geflüchtete, die längerfristig in Bielefeld leben, der sogenannten Regionalberatung. Anliegen war und ist immer noch, ein Angebot von professioneller Beratung für Geflüchtete anzubieten.

Wie sehen die Themen und Ziele vom AK heute aus?

Sophia: Das Beratungsangebot hat sich stark erweitert. Neben der Regionalberatung gibt es die Verfahrensberatung und eine Beschwerdestelle für Geflüchtete, die in den Landesunterkünften wohnen. Zudem gibt es eine aufenthaltsrechtliche Beratung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und das Psychosoziale Zentrum.

H. Es gibt weitere Bereiche, in denen wir vor allem ehrenamtlich aktiv sind. Die Medizinische Flüchtlingshilfe beispielsweise vermittelt Hilfe an Menschen, die nicht aktenkundig sind. Zudem machen wir Öffentlichkeitsarbeit und bieten Fortbildungen an.

Was ist euer Motiv für die Arbeit?

S. Wir stehen dafür, dass Menschen ein sicheres, würdiges und gutes Leben haben können, egal wo sie herkommen. Geflüchtete sind eine marginalisierte Gruppe mit einer schwachen Lobby. Es braucht daher Menschen, die verlässliche Informationen vermitteln und eine Beratung zum selbstständigen Handeln anbieten.

H. Auf einen Satz heruntergebrochen: Wir wollen Menschen zu ihrem Recht verhelfen, nicht nur im juristischen, sondern auch im allgemeingültigen Sinn. Wir wollen Menschen, die keine Stimme haben, die Stimme leihen.

In welchen Fällen werdet ihr aktiv?

S. Mitarbeitende der Zentralen Ausländerbehörde haben beispielsweise zu Menschen, die keine Ausweisdokumente vorlegen konnten, gesagt, dass sie keinen Antrag stellen könnten. Das geht natürlich nicht. Wenn Menschen keine Ausweisdokumente haben, haben sie trotzdem das Recht, ein Asylverfahren zu beginnen. Gerade Verfolgte haben oft keine Papiere. Genau solches Verhalten zu dokumentieren und sich darüber zu beschweren gehört zu unseren Aufgaben.

Hat sich eure Arbeit seit dem Sommer 2015 verändert?

H. Vor allem der Umfang ist größer geworden. Die Schnelligkeit der Verfahren hängt häufig davon ab, wo die Menschen herkommen. Das Abarbeiten der Anträge erfolgt offensichtlich nicht chronologisch, sondern nach Prioritätensetzungen durch die Regierung, die sich danach richten, wer schnell wieder weggeschickt werden kann und in welchen Ländern das gerade nicht angesagt ist.



Im Gespräch mit dem »Arbeitskreis Asyl e.V.«

AK Asyl e.V.
Friedenstraße 4-8
33602 Bielefeld
Tel. 0521/546 515-0
info@ak-asyl.info

www.ak-asyl.info



Was wünscht ihr euch für eure Arbeit?

S. Mit einer besseren Personalsituation könnten wir mehr Menschen unterstützen. Es würde aber schon helfen, wenn nicht so viel Chaos passiert. Durch die Gesetzesverschärfungen sind viele Einschränkungen möglich geworden, die größtenteils Ermessensentscheidungen sind. In dieser Situation brauchen die Menschen dringend qualifizierte Beratung.

Ihr könnt das System also nicht ändern, aber Einfluss darauf nehmen, wie die Entscheidungen ausfallen.

S. Genau. In der Logik der Behörden ist manchmal alles ganz einfach, und dann braucht es Personen oder Institutionen, die sagen: »So einfach ist das hier nicht! So könnt ihr das nicht machen!«

Werdet ihr von der Stadt und den Behörden unterstützt oder eher ignoriert?

H. Wir haben schon den Eindruck, dass das, was wir sagen, auch gehört wird. Auch wenn die Behörden und Kommunen vielleicht selten unsere Einschätzungen teilen, reagieren sie aber darauf.

Erlebt ihr Anfeindungen, weil ihr euch im Bereich Unterstützung von Geflüchteten engagiert?

H. Diverse Briefe mit rechter Hetze fanden im AK-Briefkasten ihren Platz. Uns ist bewusst, dass wir bei Rassist_innen und Neonazis nicht sehr beliebt sind. Ein weiteres Beispiel: Bei dem sogenannten rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund, der mehrere Menschen ermordet hat, tauchte eine Adressliste auf, auf der auch die Adresse des AK-Büros stand.

Dann erlebt ihr in eurer Arbeit häufig rassistische Handlungen?

S. Viel üblicher ist Alltags- oder auch institutionalisierter Rassismus. Der läuft einem überall über den Weg, nicht nur bei Behörden, sondern auch bei Unterstützer_innen. Wenn beispielsweise Unterstützer_innen zu uns kommen und meinen, dass »die Geflüchteten« so oder so seien, also Zuschreibung und Verallgemeinerung.

Wie können Menschen beim AK Asyl mitmachen oder euch unterstützen?

S. Wir haben viele Ehrenamtliche, die uns sehr unterstützen. Ohne sie könnten wir unsere Arbeit nicht machen. Wir freuen uns, wenn Menschen ein bisschen ihrer Zeit schenken.

H. Eine weitere Möglichkeit, uns zu unterstützen, sind Spenden. Wir können zwar einen Teil unserer Ausgaben durch Fördergelder decken, ein großer Anteil basiert aber auf Spendeneinnahmen.

Neben diesen Problemen und frustrierenden Umständen und Situationen erlebt ihr aber auch Erfolge und positive Sachen, wie sehen diese aus?

H. Es ist schon oft eine frustrierende Arbeit, aber es gibt auch positive Erlebnisse. Wenn dann eine Person einen Aufenthaltstitel erhält und freudestrahlend bei uns im Büro steht.

S. Es muss auch gar nicht der Aufenthaltstitel sein. Es ist auch ein Erfolg, wenn wir Menschen Informationen vermitteln konnten und sie sagen, okay, gut, jetzt weiß ich, wie es läuft. Jetzt kann ich eine Entscheidung treffen und weiter meinen Weg gehen.

»RASSISMUS IST ÜBERALL REALITÄT«

»Move and Resist« ist ein Aktionsplenum gegen Ausgrenzung und Abschiebung in Bielefeld. Wir sprachen mit Touré. Er kommt aus der Elfenbeinküste und lebt seit Anfang 2014 in Bielefeld. Bei »Move and Resist« engagiert er sich gegen Rassismus im Alltag von Geflüchteten.

Wie ist »Move and Resist« entstanden?

Touré: Im Jahr 2010 gab es eine Demonstration am Abschiebegefängnis Büren. Auf dem Rückweg haben sich Bielefelder Studierende gedacht, es müsste eine Gruppe geben, die sich gegen dieses rassistische System einsetzt. Am Anfang bestand »Move and Resist« ausschließlich aus deutschen Studierenden, seit Ende 2014 sind auch viele Geflüchtete dabei.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit?

Das Problem ist oft die Sprache. Die Studierenden sind aber super engagiert und nehmen sich viel Zeit. Viele Ideen für Aktionen kommen von den Geflüchteten, wir haben die Realitätserfahrung und sind die Opfer von Rassismus. Wir sprechen wenig Deutsch und bekommen als Ausländer auch nur wenige Informationen.

Was sind eure Themen?

Wir arbeiten zu vielen Themen. Wir begleiten Geflüchtete bei Ämtern und helfen bei Übersetzungen. Unser Ziel ist es, viel zu machen und vor allem zusammenzuarbeiten. Also nicht Geflüchtete für Geflüchtete, sondern Geflüchtete und Deutsche zusammen. Wir können nicht alle Probleme lösen, aber wir versuchen es. »Move and Resist« ist zudem super informiert, weil die Studis auch viel recherchieren, nicht nur zu der Situation in Bielefeld, sondern auch in anderen Regionen, und wir gut vernetzt sind.

Kannst du uns etwas zu dem Rassismus erzählen, gegen den ihr euch engagiert?

Überall in Deutschland gibt es das Phänomen Rassismus. Und wir können es nicht wirklich vermeiden. Es ist bereits unser Alltag, und wir leben damit. In den Ausländerbehörden hat man mit Französisch zum Beispiel keine Chance. Man sagt dir sofort: »Es tut mir sehr leid, aber ich spreche kein Französisch. Punkt!« Es ist ihnen egal, was dein Problem ist. Das ist auch ein Punkt von Rassismus. Afrikanische Ausländer oder Geflüchtete haben es noch schwieriger. Sie haben viel geringere Chancen, in Deutschland zu bleiben.

Was macht ihr dagegen?

Als Geflüchtete ist das unser Alltag, aber das hindert uns nicht daran, damit zu leben. Der Rassismus muss öffentlich gemacht werden, und wir müssen uns immer dafür einsetzen, dass dieses Phänomen ein Ende nimmt. Rassismus ist überall Realität. Auf der ganzen Welt. Um das zu verändern, braucht es viele Projekte.

Kannst du uns Beispiele für die Arbeit von »Move and Resist« geben?

Es gibt viele, die sich gegen Rassismus engagieren. Wir sind nicht nur auf

Interview mit »Move and Resist«

www.moveandresist.wordpress.com





Demonstrationen und Kundgebungen dabei, sondern auch in den Unterkünften. Dort sprechen wir direkt mit den Geflüchteten. Wir fragen sie, was ihre Probleme sind, und versuchen Hilfe zu vermitteln.

Wie sieht das aus?

Ich gehe zum Beispiel in die Unterkünfte, und eine Person hat vielleicht einen Brief mit der Anordnung, Deutschland verlassen zu müssen, bekommen. Der Brief ist natürlich auf Deutsch. Ich kann ihn lesen und übersetzen und der Person dann sagen: »Du kannst dich da und da melden.«

Arbeitet ihr mit anderen Organisationen zusammen?

Wir arbeiten viel mit dem AK Asyl und mit Kirchen zusammen, die auch Kirchenasyl gewähren können. Die meisten Personen sind im Kirchenasyl, weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde, und sie bekommen dort oft weniger Leistungen und Hilfe.

Ihr helft also auch Menschen, die von Abschiebung bedroht sind?

Abschiebungen zu verhindern war eigentlich nicht unser Ziel. 2015 haben wir aber »No Lager« aus Osnabrück eingeladen. »No Lager« haben uns erklärt, wie man Abschiebungen verhindern kann. Dann wollten wir das auch organisieren. Zurzeit gibt es bei »Move and Resist« zwei Gruppen. Die erste ist »Stop Deportation« und die zweite ist das größere »Move and Resist«.

Was machen die jeweiligen Gruppen?

»Stop Deportation« versucht zum Beispiel konkret, Abschiebungen zu verhindern. Der Rest von »Move and Resist« organisiert unter anderem Kundgebungen und Demonstrationen. Wir sind immer motiviert und der Informationsfluss ist schnell. Eine meiner Aufgaben ist, die Informationen in Englisch oder Französisch an andere Geflüchtete weiterzuleiten.

Im Sommer 2016 habt ihr ein Fußballturnier organisiert.

Das Fußballturnier wurde vom »No Stress«-Team organisiert. Wir haben uns gefragt, wie wir als Geflüchtete mit den Deutschen zusammenleben können. Mit einer »No Stress«-Tour wollten wir etwas gegen die psychische Belastung der Geflüchteten machen. Bei dem Fußballturnier waren fast 100 Menschen dabei. Der Schwerpunkt dabei war es, in Kontakt zu kommen. Nächstes Jahr soll es vielleicht auch politische Angebote geben.

Was meint ihr mit Stress?

Wir als Ausländer bekommen weniger Informationen, und wir wissen nicht, ob wir einen Aufenthalt bekommen. Wir sind in den Unterkünften gefangen wie Tiere. Wir sind in einem Gefängnis mit offenen Türen. Wir haben kein Recht auf Arbeit. Dafür muss man Deutsch können, wir haben aber kein Recht, Sprachkurse zu besuchen.

Wie werdet ihr unterstützt?

Es gibt viele, die uns unterstützen. Wenn eine geflüchtete Person ein Anliegen oder Problem hat, erzählt sie das einer Person, und beide schauen dann, was sie machen können. Das bleibt dann bei den Personen. Helfen, ohne darüber zu sprechen. Das ist sehr wichtig!

Was sind eure Ziele für die Zukunft?

Wir arbeiten darauf hin, dass Geflüchteten nicht nur bei Problemen geholfen wird, sondern dass sie wissen, wie man die Probleme vermeidet.

Es hat viele Jahrzehnte gedauert, bis sich das öffentliche Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus zu einem selbstverständlichen Teil der politischen Kultur in der Bundesrepublik entwickeln konnte. Heute gibt es viele staatliche und zivilgesellschaftliche Initiativen und Einrichtungen, die sich mit der NS-Zeit auseinandersetzen. Dazu gehören beispielsweise Gedenkstätten, Mahn- und Ehrenmäler, »Stolperstein«-Aktionen und andere Veranstaltungen.

Das öffentliche Erinnern verfolgt in der Regel zwei Ziele. Zum einen geht es darum, historische Sachverhalte zu klären. Dazu gehören die Spurensuche vor Ort, Recherchen in Archiven und Zeitzeugengespräche. Darüber hinaus geht es aber auch um die Frage, was die Erkenntnisse über die Vergangenheit für die Gegenwart bedeuten. Der Blick in die Geschichte soll zum demokratischen Handeln motivieren.

In Ostwestfalen-Lippe gibt es verschiedene Einrichtungen des Erinnerns. Dazu gehören die »Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933-1945«, die sich mit der SS-Herrschaft im gleichnamigen Ort befasst und die Erinnerung an die Opfer des Konzentrationslagers Niederhagen pflegt. In Schloß Holte-Stukenbrock existiert die »Dokumentationsstätte Stalag 326 (VI K)«, in der die Geschichte des gleichnamigen Kriegsgefangenenlagers aufgearbeitet wird, und in Herford befindet sich in einem Nebengebäude des Rathauses die Gedenkeinrichtung »Zellentrakt«. Hier findet eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Verfolgung von Jüdinnen und Juden sowie politischer Gegner in Herford während des »Dritten Reiches« statt.

Freiheit, Menschenwürde, Toleranz und Frieden

Das Erinnern, das an diesen Orten betrieben wird, folgt klar einem pädagogischen Auftrag. Hier werden Werte wie Freiheit, Demokratie, Menschenwürde, Toleranz und Frieden vermittelt und gestärkt, unter anderem im Rahmen von Gedenkveranstaltungen, Schulprogrammen, Workshops, Diskussions- und Vortragsveranstaltungen. Die »Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg« beispielsweise koordiniert bereits seit mehreren Jahren das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. Neben den Einrichtungen und Initiativen, die sich an bestimmten Orten mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzen, existieren eine Vielzahl kleiner ehrenamtlicher Initiativen wie beispielsweise die »Initiative 9. November« aus Bünde, die sich im Rahmen von Information und Gedenkveranstaltungen für die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und für die Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus einsetzen.

Die Arbeit der hier vorgestellten Initiative »KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Porta Westfalica e.V.« verdeutlicht eindrücklich, dass es mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch viel zu tun gibt. In Porta Westfalica bestand ein Außenlager des KZ Neuengamme. Die Häftlinge, die hier gefangen waren, mussten Schwerstarbeit in früheren Bergwerksstollen leisten. Das im Ortsteil Hausberge betriebene Bauprojekt diente der Untertageverlagerung der Rüstungsproduktion. Das Ziel der Initiative besteht darin, Teile der Stollen künftig für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

ÖFFENTLICHES ERINNERN AN DIE VERBRECHEN DES NATIONALSOZIALISMUS IN OWL.

»DEM ERINNERN RAUM SCHAFFEN«

Ende 1943 beschlossen die Nationalsozialisten die Verlagerung von kriegswichtigen Fabriken unter Tage, um sie vor der Bombardierung der Alliierten im zweiten Weltkrieg zu schützen. In Porta Westfalica wurden ab März 1944 Stollen von KZ-Häftlingen unter menschenverachtenden Bedingungen ausgebaut. Heute setzt sich der Verein »KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Porta Westfalica« für die Erinnerung an die NS-Zwangsarbeiter_innen ein. Über die Arbeit des Vereins sprechen wir mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Hartmann.

Im Gespräch mit dem Verein KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Porta Westfalica

*KZ-Gedenk- und Dokumentations-
stätte Porta Westfalica e.V.*

*1. Vorsitzender: Bernd Hedtmann,
Bürgermeister der Stadt Porta Westfalica
Kempstraße 1 | 32457 Porta Westfalica
info@gedenkstaette-porta.de*

www.gedenkstaette-porta.de

Wie kam es zur Gründung des Vereins?

Der Verein »KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Porta Westfalica« wurde 2009 von dem damaligen Bürgermeister Stephan Böhme und einigen Mitstreitern gegründet. Schon Mitte der 80er Jahre hatten Schüler_innen einer 10. Klasse des Gymnasiums herausgefunden, dass es hier Außenlager des KZ-Neuengamme gegeben hat. Doch damals wurde das in der Bevölkerung totgeschwiegen. Die Schülergruppe ist aber dran geblieben und hat Zeitzeugen befragt. Das war 1985, und sie hat eine erste Auseinandersetzung in Gang gesetzt. Mitte der 90er wurde ein Gedenkstein zur Erinnerung an die ca. 2000 Insassen der insgesamt drei KZ-Außenlager in Porta Westfalica errichtet. In den 90ern waren es abermals Schüler_innen des Gymnasiums, die das Ziel verfolgten, Informationstafeln aufzustellen. Das Vorhaben wurde leider nicht umgesetzt, und das Ganze geriet in Vergessenheit, bis 2009 der Verein gegründet wurde. Ein wichtiger Tag war der 18. Mai 2014, als sieben Informationstafeln aufgestellt wurden. In Porta gab es zwei Stollen, einer unterhalb des Kaiser-Wilhelm-Denkmal und der andere gegenüber vom Bahnhof im Jakobsberg. An der Veranstaltung zur Aufstellung der Informationstafeln nahmen über 500 Personen teil; der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme war da, und auch Angehörige ehemaliger Insassen dieser KZ-Außenlager waren angereist.

Was ist das Ziel des Vereins?

Ziel des Vereins ist es, eine Gedenkstätte zu errichten, die dann permanent für Besucher zugänglich ist. Zum 70 jährigen Ende der Nazibarbarei gab es 2015 ein Symposium, dessen Höhepunkt die Begehung des Stollens war. Als wir in diesem Jahr, auch wieder am 8. Mai, eine Führung angeboten haben, meldeten sich über 3.000 Personen an, es konnten aber nur 500 teilnehmen. Wir sind jetzt dabei, Guides auszubilden, mit dem Ziel, ab dem nächsten Jahr mehrere Führungen anbieten zu können. Gleichzeitig streben wir an, die Errichtung der Gedenkstätte voranzutreiben, da ist noch eine Menge zu tun, aber wir sind zuversichtlich, dass wir das in den nächsten zwei Jahren schaffen.

Ein zweites Thema des Vereins ist die Erinnerung an die 85 Jüdinnen und Juden, die aus Porta deportiert, umgebracht oder vertrieben wurden. Wir haben im letzten Jahr acht Stolpersteine für zwei Familien verlegt, und in diesem Jahr am 19. November werden wir weitere neun Steine in Hausberge zum Gedenken an die Familie Windmüller verlegen lassen.

Außerdem wollen wir ab dem nächsten Jahr alle zwei Jahre die »Doktor-Kieler-Gedenkmedaille« an Gruppen oder Einzelpersonen, die sich für Völkerverständigung und Friedenssicherung einsetzen, verleihen. Jørgen Kieler war ein dänischer Medizinstudent, der in einer Widerstandsgruppe aktiv war. Er überlebte das KZ in Porta Westfalica. Bis heute pflegt der mittlerweile 93-Jährige die Freundschaft zu einer Dame aus Porta Westfa-

lica, die er damals kennen lernte. Als Erstes wird wahrscheinlich im Januar 2017 der Verein »Hilfe für Flüchtlinge e.V. Porta Westfalica« die Medaille bekommen.

Wie viele Menschen engagieren sich im Verein?

Im Moment sind wir um die 70 Leute, die alle ehrenamtlich im Verein tätig sind, von ganz jung bis ganz alt. Wir haben auch einige Sponsoren, das ist ganz hervorragend.

Also gibt es eine breite Akzeptanz und Unterstützung in der Stadt?

Ja, die Stadt selber ist Mitglied im Verein, und eine Besonderheit des Vereins ist, dass der Bürgermeister unserer Stadt immer der 1. Vorsitzende ist. Aber es gibt auch andere Stimmen, beispielsweise in Leserbriefen, die die Frage, warum man hier eine Gedenkstätte errichten wolle, stellen. Auch werden immer wieder vereinzelt Ressentiments gegen die Vereinsarbeit geäußert.

Was mir jedoch zu denken gibt, ist, dass wir in diesem Jahr die vier Ratsparteien bei der Stolpersteinverlegung einbeziehen wollten und nur zwei Parteien zu einer finanziellen Unterstützung bereit waren.

Sind Sie mit anderen Gedenkstätten und Vereinen vernetzt?

Wir sind im Moment dabei, unsere Vernetzung auszubauen. Wir haben im Kreis enge Kontakte zum Geschichtsverein in Minden, zum Verein »Christlich-jüdische Zusammenarbeit« in Minden und zum Verein »Alte Synagoge« in Petershagen. Zum Kreismuseum der Wewelsburg bauen wir gerade Kontakte auf, da ist einer der Verantwortlichen bei uns im Verein Mitglied.

Was ist Ihnen wichtig an der Arbeit im Verein?

Wichtig ist es, eine Form der Erinnerungskultur zu schaffen und vor allem die Jugend zu gewinnen, da sind gerade Schüler und Schülerinnen der drei weiterführenden Schulen des Ortes aktiv; wichtig ist uns aber auch, die aktuellen rechtsradikalen Entwicklungen hier im Kreis im Blick zu behalten. Als ich hier 1985 nach Porta kam, war eine meiner ersten Unternehmungen, Hakenkreuze, die hier im Steinbruch auftauchten, mit meinen Schülern zu übertünchen. Wenn man das nicht ernst nimmt, muss man sich nicht wundern, wenn sich rechte Gruppen auszubreiten versuchen. Wichtig ist, dass wir uns gegen solche Tendenzen untereinander vernetzen, denn wir arbeiten an derselben Sache.



Ort des Mahnens und Erinnerns: Der Gedenkstein für die Opfer der KZ-Lager in Porta Westfalica

Schulen sind wichtige Einrichtungen zur Stärkung und Förderung demokratischer Kultur. Im Rahmen des regulären Unterrichts, aber auch im Rahmen von Exkursionen, Workshops oder Projekttagen beschäftigen sich Lehrer_innen und Schüler_innen vielfach mit Themen wie Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Zahlreiche Schulen aus Ostwestfalen-Lippe beteiligen sich schon seit Jahren am größten Schulnetzwerk Deutschlands. Gemeint ist das Projekt ›Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‹ (SoR-SmC). Schulen, die hier mitwirken möchten, müssen eine Selbstverpflichtung der Schulseitigen (Schüler_innen, Lehrer_innen, technische Bedienstete) zum aktiven Engagement gegen Rassismus, Homophobie, Sexismus, Mobbing und Ausgrenzung nachweisen und regelmäßig entsprechende Projekte durchführen. SoR-SmC wird in der Region gemeinsam durch das ›Kommunale Integrationszentrum Bielefeld‹ (KI) und die ›Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL‹ aus Herford koordiniert. In den einzelnen Landkreisen gibt es nochmals lokal orientierte Koordinationsstellen.

Themen altersgerecht angehen, zum Diskutieren anregen

Das Projekt ›Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‹ und ähnliche Ansätze haben inzwischen viele Schulen für pädagogische Impulse von außen geöffnet. Hier ist es in der Regel selbstverständlich, dass bei der Durchführung von Maßnahmen externe Fachleute zur Unterstützung eingebunden werden.

In der Region gibt es eine große Anzahl von Initiativen und Einrichtungen, die pädagogische Programme anbieten und von Schulen eingeladen werden können. Diese Initiativen sind darauf spezialisiert, Jugendliche altersgerecht an politische Themen und gesellschaftliche Probleme heranzuführen, sie zum Diskutieren einzuladen und Gespräche über Lösungen und Veränderungspotentiale anzuregen.

Zu diesen Initiativen gehören auch die regionalen Teams des NRW-weit organisierten ›Netzwerks Demokratie und Courage‹ (NDC), der ›Bielefelder Verein für demokratisches Handeln‹ (BVfdH), das Projekt ›Diskriminierung erkennen – Lösungen entwickeln‹ der AWO-Fachdienste für Migration und Integration oder das ›Schwul-lesbisch-bi-trans*-Aufklärungsprojekt‹ (SchLAu) in Bielefeld.

Nachholbedarf besteht sicherlich noch bezüglich themenbezogener Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrer_innen oder Schulleitern. Mit dem ›BVfdH‹, der ›Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus‹ und dem Verein ›Argumente und Kultur gegen rechts‹ gibt es aber auch hierfür Ansprechpartner_innen.



In NRW existiert seit 1995 das bundesweite Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SoR), dem sich hier mittlerweile über 500 Schulen angeschlossen haben. Auch in OWL engagieren sich zahlreiche Schüler_innen und Lehrer_innen an ihren Schulen für das Projekt. Wir sprachen mit Milena Fleeer, Schülersprecherin der Rudolf-Steiner-Schule Bielefeld, und mit Rebecca von der Initiative »SchLAu Bielefeld«, die eng mit dem SoR-Netzwerk zusammenarbeiten.

Melina: Die Rudolf-Steiner-Schule war 2002 die erste Bielefelder SoR-Schule. Ich selbst bin seit der 8. Klasse in der Schüler_innenvertretung und seitdem auch bei SoR aktiv, da bei uns die SoR-Arbeit bei der Schülervertretung angesiedelt ist. Doch auch über die SV hinaus wird von Schüler_innen und Lehrer_innen das Projekt SoR mitgetragen und gestaltet. Dennoch glaube ich, dass viele Schüler_innen an der Schule gar nicht wissen, dass wir SoR-Schule sind und was das eigentlich bedeutet. Aber ich habe das Gefühl, dass das Themenfeld auch ohne den SoR-Titel an unserer Schule seinen Platz hätte.

Rebecca: SchLAu Bielefeld ist eine Lokalgruppe im SchLAu-Netzwerk NRW, in der Schüler_innen, Auszubildende und Studierende im Alter von 17 bis 26 Jahren sich ehrenamtlich für eine Vielfalt von sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten einsetzen.

Wie sieht eure Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung aus?

M: An unserer Schule wird das Thema »Umgang mit Rassismus und Diskriminierung« in verschiedenen Fächern im Unterricht oder an Projekttagen besprochen, regelmäßig laden wir dazu auch Expert_innen aus verschiedenen Themenbereichen ein. So war unter anderem die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« zu einem Vortrag über die »Neue Rechte und die Völkische Bewegung« bei uns. Neben den Projekttagen findet jährlich eine Fahrt in die KZ-Gedenkstätte Buchenwald statt. Und im Religions/unterricht haben wir verschiedene Gemeinden besucht – eine Synagoge, eine Moschee, eine katholische und eine evangelische Kirche. Die aktuelle Diskussion um Geflüchtete wird an unserer Schule natürlich auch besprochen. Ein Projekt, das mir besonders am Herzen liegt, ist die Arbeitsgruppe »Aktion Geflüchtete« der Bezirksschüler_innenvertretung Bielefeld, an der auch Schüler_innen unserer Schule mitwirken.

»DAMIT RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG KEINEN PLATZ AN UNSERER SCHULE HABEN«

Im Gespräch mit SoR und SchLAu





R: Wir werden von Schulen eingeladen und führen in Klassen ab dem 7. Jahrgang Workshops durch. Wir verstehen uns als Antidiskriminierungsprojekt, das gesellschaftliche Strukturen hinterfragt, wie zum Beispiel die Annahme, dass alle Personen heterosexuell sind und es nur zwei Geschlechter gibt.

SoR ist ja ein Netzwerk von Schulen. Wie seid ihr in das Netzwerk eingebunden und was bedeutet das Netzwerk für euch?

M: Wir sind in Bielefeld mit den anderen SoR-Schulen vernetzt und es finden regelmäßig gemeinsamen Treffen statt, das letzte Treffen war auch an unserer Schule. Für den Austausch untereinander und neue Impulse für die eigene SoR-Arbeit finde ich das einmal im Jahr stattfindende SoR-OWL-Schüler_innen-Treffen besonders wichtig. Ich selbst war zweimal mit dabei und habe dort viele Leuten von anderen Schulen kennen gelernt und in die Workshops Anregungen bekommen. Auch die Idee, SchLAU Bielefeld an unsere Schule einzuladen, weil wir das Thema ›Umgang mit Homophobie‹ wichtig finden ist dort entstanden.

R: Das freut uns! Mit dem Kontakt zu dem Netzwerk SoR/SmC hat sich für das SchLAU-Projekt Bielefeld eine Möglichkeit gefunden, sowohl unseren eigenen Wissensschatz zu erweitern als auch die weitere Diskriminierungsachse Rassismus mit in die SchLAUe Arbeit einzubeziehen. Wir werden von vielen Schulen angefragt, die sich bei SoR/SmC vernetzen. Egal ob Rassismus oder Homo- und Transfeindlichkeit – die Mechanismen der Diskriminierung sind ähnlich.

Nehmt ihr in eurer Arbeit oder in eurem Umfeld den vieldiskutierten »Rechtsruck« wahr?

M: Wir bekommen natürlich die Berichte in den Medien mit, die »BIEGIDA«-Kundgebungen hier in Bielefeld und die allgemeine Diskussion des Themas. Viele von unserer Schule haben sich den großen ›Bielefeld ist bunt‹ Demos angeschlossen. Ich finde es total wichtig, da aktiv zu sein und sowas wie »BIEGIDA« nicht zuzulassen.

R: Besonders durch die Präsenz von Protesten der »Besorgten Eltern«, die queeren (schwul, lesbisch, bi, trans*, inter) Menschen ihre Gleichberechtigung absprechen, sind Homo- und Trans*phobie Themen in den letzten Jahren in die Öffentlichkeit getragen worden. Die gesellschaftliche Entwicklung hat jedoch auch dazu geführt, dass sich manche Schulen sehr aktiv gegen Diskriminierung wie Homo- und Trans*phobie einsetzen.

Warum engagiert ihr euch gegen Diskriminierung an Schulen?

R: Wir möchten bei unserer Arbeit niemanden von einer »anderen Meinung« überzeugen, sondern in einem offenen Dialog mit Schüler_innen über vielfältige Lebens- und Liebesformen informieren und eine Kritik von Normen ermöglichen, so dass sich die Schüler_innen ihre eigene Meinung bilden können.

M: Ich glaube als erstes spielt dabei mein Sinn für Gerechtigkeit eine Rolle. Ich konnte noch nie verstehen, warum Menschen aus oberflächlichen Gründen wie Hautfarbe, Religion oder Geschlecht diskriminiert werden. Es gibt so viele Menschen, die sich immer über alles beschwerten und irgendwem, zum Beispiel Politiker_innen die Schuld für alle Probleme geben. Aber ich glaube diese Menschen machen es sich zu einfach. Wenn einem etwas nicht passt, liegt es an jedem selbst, die Initiative zu ergreifen.

*Schule ohne Rassismus –
Schule mit Courage NRW*

[www.facebook.com/
SchuleohneRassismusNRW](https://www.facebook.com/SchuleohneRassismusNRW)

*SchLAU Bielefeld
bielefeld@schlau.nrw*

bielefeld.schlau.nrw/

KONTAKTE UND ANSPRECHPARTNER_INNEN

Bündnisse gegen Rechts

Bielefelder Bündnis gegen Rechts

›Bielefeld stellt sich quer‹

bielefeld_stellt_sich_quer@yahoo.de
www.bielefeldsteltstichquer.wordpress.com

Bündnis gegen Rechts im Kreis Herford

buendnis-gegen-rechts-herford@gmx.de

Paderborner Bündnis gegen Rechts

kontakt@bgr-paderborn.de
www.bgr-paderborn.de/

Paderborner Bündnis für Demokratie und Toleranz

willkommen@paderbunt.de | www.paderbunt.de

Minden gegen Rechts

presse.mindengegenrechts@gmail.com
www.facebook.com/MindenGegenRechts

Gemeinsam für Vielfalt. Löhne gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

loehnegegenrechts@t-online.de
www.loehnegegenrechts.wordpress.com

Initiativen Gruppen und Vereine gegen Rechtsextremismus

Antifa AG an der Universität Bielefeld

antifaagbi@gmail.com | www.antifaagbi.blogspot.de

Antifa-West (Bielefeld)

antifa-west@nadir.org

Argumente & Kultur gegen rechts e.V.

argumente-und-kultur@free.de
http://www.argumente-und-kultur.org/

Initiative 9. November Bünde

9.November@gmx.de
www.facebook.com/9NovemberBuende

Sozialistische Kulturarbeit Gütersloh (SKA)

info@cable-street-beat.de | www.cable-street-beat.org

Initiative gegen Neonazis der Road Crew OWL

info@initiative-gegen-rc-owl.de
www.initiative-gegen-rc-owl.de

Minden – Für Demokratie und Vielfalt (Lokaler Aktionsplan Minden)

lap-minden@ewe.net | www.lap-minden.de

Antirassistische Initiativen und Unterstützung für Geflüchtete

Move and Resist

gegenabschiebung@riseup.net
www.moveandresist.wordpress.com/

AK Asyl e.V.

info@ak-asyl.info | www.ak-asyl.info

Flüchtlingshilfe Lippe e.V.

info@fluechtlingshilfe-lippe.de
www.fluechtlingshilfe-lippe.de

Hilfe für Flüchtlinge e.V. Porta Westfalica

info@fluechtlinge-porta.de | www.fluechtlinge-porta.de

Kommunale Integrationszentren

laki@bra.nrw.de
www.kommunale-integrationszentren-nrw.de

Fachdienste für Migration und Integration der Arbeitnehmer*innen (AWO)

fmi.loehne@awo-owl.de
www.awo-fachdienste-migration.de

Schulische und Außerschulische Jugendbildungsangebote

Netzwerk Demokratie und Courage (NDC) – Landesstelle Nordrhein-Westfalen

nrdw@netzwerk-courage.de | ndc.ljr-nrw.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage NRW

www.facebook.com/SchuleohneRassismusNRW

SchLAu NRW – Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung in NRW

info@schlau.nrw | www.schlau.nrw

SchLAu Bielefeld

bielefeld@schlau.nrw | http://bielefeld.schlau.nrw

SchLAu Paderborn

paderborn@schlau.nrw | www.paderborn.schlau.nrw

Bielefelder Verein für demokratisches Handeln e.V.

info@bvfh.de | www.bvfdh.de

Gedenkstätten und NS-Erinnerungsorte

Kreismuseum Wewelsburg

info@wewelsburg.de | www.wewelsburg.de

KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Porta Westfalica

info@gedenkstaette-porta.de

www.gedenkstaette-porta.de

Dokumentationsstätte Stalag 326 (VI K) Senne

info@stalag326.de | www.stalag326.de

Gedenkstätte Zellentrakt (Herford)

info@zellentrakt.de | www.zellentrakt.de

Forschung und Wissenschaft

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung / Universität Bielefeld

www.uni-bielefeld.de/ikg

Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf

forena@hs-duesseldorf.de | www.forena.de/

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

info@diss-duisburg.de | www.diss-duisburg.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen

info@ida-nrw.de | www.ida-nrw.de

Zum Weiterlesen und Informieren

antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.

www.apabiz.de

LOTTA – Antifaschistische Zeitschrift aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

www.lotta-magazin.de

Antifaschistisches Infoblatt

www.antifainfoblatt.de

der Blick nach Rechts

www.bnr.de

der Rechte Rand – magazin von und für antifaschistInnen

www.der-rechte-rand.de

hiergeblieben.de – Tägliche Nachrichten zu den Themen NS-Erinnerung, extreme Rechte und Rassismus aus OWL

www.hiergeblieben.de

IMPRESSUM

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Detmold
Arbeit und Leben DGB|VHS im Kreis Herford
Kreishausstr. 6a, 32051 Herford
www.aul-herford.de
mobile-beratung-owl.de

Redaktion: Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Detmold

Gestaltung: [aigiko]

Druck: flyeralarm GmbH

Auflage: 3.500

Erscheinungsjahr: 2016

Bildrechte:

Otto Belina (S. 9), Argumente & Kultur gegen
rechts e.V. (S. 10; 11; 19), C. Ritter (S. 12; 17; 28; 29),
Bündnis Gemeinsam für Vielfalt/R. Bauer (S. 25),
Initiative gegen Neonazis der Road Crew OWL (S. 34),
YXK Bielefeld (S. 36), S. Lemme // re_vision medien-
kollektiv (S. 41), Grugerio (S. 45), Renate Bonow (S. 47)

**Diese Broschüre darf ausschließlich
kostenlos abgegeben werden.**

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen

